

29. Weltkongress der  
**INTERNATIONALE DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE**

Durban, Südafrika  
27.-30. November 2012

**ENTSCHLIESSUNGEN DER MITGLIEDS-  
ORGANISATIONEN UND  
INITIATIVENTSCHLIESSUNGEN**

Einschließlich:

- Entschließungen, die an die Vorstandstagung 2013 verwiesen wurden
- Entschließungen, die vor dem Kongress zurückgezogen wurden
- Entschließungen, die während des Kongresses zurückgezogen wurden
- Entschließungsantrag, der vom Kongress abgelehnt wurde



Public Services International  
Internationale des Services Publics  
Internacional de Servicios Públicos  
Internationale der Öffentlichen Dienste  
Internationell Facklig Organisation för Offentliga Tjänster  
國際公務勞連



# Angenommene Entschlüsse Nr. 3 bis 49

## INHALT

<b>Angenommene Entschlüsse</b>	<b>5</b>
ENTSCHLIESSUNG Nr. 3) Aufbau einer katastrophenresistenten Gesellschaft durch verbesserte öffentliche Dienste	5
ENTSCHLIESSUNG Nr. 4) Die PSI verteidigt den allgemeinen Zugang zur Hochschulbildung	6
ENTSCHLIESSUNG Nr. 5) Rahmenwerk Gemeinwohl – Gemeinsames Vermögen	8
ENTSCHLIESSUNG Nr. 6) Sichere Arbeitsplätze	10
ENTSCHLIESSUNG Nr. 7) Allgemeiner Zugang zu Gesundheitsversorgung	13
ENTSCHLIESSUNG Nr. 8) Standards und Qualität in der Gesundheitsversorgung	14
ENTSCHLIESSUNG Nr. 9) Gesundheitssektor	16
ENTSCHLIESSUNG Nr. 10) Krankenpfleger-Patienten-Quotienten durch kollektives Engagement zugunsten der PatientInnen	17
ENTSCHLIESSUNG Nr. 11) Revision der Steuersysteme zur angemessenen Finanzierung der öffentlichen Dienste	19
ENTSCHLIESSUNG Nr. 12) Bildung und Mobilisierung von ArbeitnehmerInnen und der Öffentlichkeit zugunsten fairer Steuersysteme zur Finanzierung hochwertiger öffentlicher Dienste	21
ENTSCHLIESSUNG Nr. 13) Steuerpolitik	23
ENTSCHLIESSUNG Nr. 14) Globaler Gegenangriff gegen Sparpolitiken	24
ENTSCHLIESSUNG Nr. 15) Gegen die Straflosigkeit in Guatemala	26
ENTSCHLIESSUNG Nr. 16) Gegen die Reform des Arbeitsrechts in Mexiko	27
ENTSCHLIESSUNG Nr. 17) Verteidigung menschenwürdiger Arbeit und Sicherstellung hochwertiger öffentlicher Dienste	28
ENTSCHLIESSUNG Nr. 18) Unterstützung für eine weltweite Kampagne für Rechte bei der Deutschen Telekom	30
ENTSCHLIESSUNG Nr. 19) Verteidigung und Schutz der Arbeitnehmerrechte	32
ENTSCHLIESSUNG Nr. 20) Verletzung von Gewerkschaftsrechten durch die Regierung von Guyana	33
ENTSCHLIESSUNG Nr. 21) Öffentliche Dienste	34
ENTSCHLIESSUNG Nr. 22) Handel	36
ENTSCHLIESSUNG Nr. 23) Eine alternative Krisenpolitik	37
ENTSCHLIESSUNG Nr. 24) Sparprogramme und Privatisierung	39
ENTSCHLIESSUNG Nr. 25) Arbeitsvermittler/Arbeitsagenturen im öffentlichen Dienst	40
ENTSCHLIESSUNG Nr. 26) Internationale Gewerkschaftssolidarität mit Mittelamerika	41
ENTSCHLIESSUNG Nr. 29) Öffentliche Dienste und soziale Grundsicherung für das Gemeinwohl	42
ENTSCHLIESSUNG Nr. 30) Renten	43
ENTSCHLIESSUNG Nr. 31) Gegen den Feminizid in Mexiko, Mittelamerika und der Dominikanischen Republik	44

ENTSCHLIESSUNG Nr. 32) Nach der COP 17: Kampagnenarbeit für grüne Arbeitsplätze und Politiken _____	45
ENTSCHLIESSUNG Nr. 33) Betreuungspersonal im Bildungswesen _____	46
ENTSCHLIESSUNG Nr. 34) PSI-Sektornetzwerke _____	47
ENTSCHLIESSUNG Nr. 35) Migrationsprojekt _____	49
ENTSCHLIESSUNG Nr. 36) Migration und Diskriminierung _____	50
ENTSCHLIESSUNG Nr. 37) Ethische Grundsätze bei internationaler Anwerbung von Personal _	52
ENTSCHLIESSUNG Nr. 39) Swasiland _____	54
ENTSCHLIESSUNG Nr. 42) Solidarische Unterstützung Palästinas durch die Kampagne „Boycott – Desinvestition – Sanktionen“ (BDS) _____	55
ENTSCHLIESSUNG Nr. 44) Falklandinseln _____	57
ENTSCHLIESSUNG Nr. 45) Für den Kampf des Volks von Ngöbe-Buglé in Panama _____	58
ENTSCHLIESSUNG Nr. 47) Globale Gewerkschaftseinheit _____	59
ENTSCHLIESSUNG Nr. 49) Palästina und Naher Osten _____	60
<b>Angenommene Initiativentschließungen _____</b>	<b>62</b>
Initiativentschließung zu grundlegenden Arbeitsrechten der Beschäftigten der öffentlichen Dienste in Japan _____	62
Initiativentschließung zu Mali _____	63
Initiativentschließung zur Demokratischen Republik Kongo _____	64
Initiativentschließung zu Tunesien _____	65
Initiativentschließung zu Uganda _____	66
Initiativentschließung über PSI-Mitgliedsbeiträge 2013 bis 2017 _____	67
<b>Für eine schlagkräftige und zukunftsfähige PSI _____</b>	<b>67</b>
<b>Entschlüsse, die aufgrund eines Kongressbeschlusses und auf Empfehlung des Vorstands an die Vorstandstagung 2013 verwiesen wurden _____</b>	<b>68</b>
ENTSCHLIESSUNG Nr. 28) Stärkung der PSI und der internationalen Solidarität _____	68
ENTSCHLIESSUNG Nr. 46) Schaffung und Verleihung des G. Kandasamy-Gewerkschaftspreises durch die PSI _____	70
<b>Vor dem Kongress zurückgezogene Entschliessungsanträge _____</b>	<b>71</b>
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 27) Gewerkschaftliche Entwicklungsarbeit und globale Solidarität _____	71
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 38) Globale Rahmenabkommen _____	71
<b>Vom Kongress zurückgezogene Entschliessungsanträge _____</b>	<b>71</b>
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 40) Palästina und Naher Osten _____	71
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 41) Palästina _____	71
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 43) Palästina _____	71
<b>Vom Kongress abgelehnter Entschliessungsantrag _____</b>	<b>71</b>
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 48) Jährlicher Mitgliedsbeitrag _____	71

# Angenommene Entschlüsse

## ENTSCHLISSUNG Nr. 3) Aufbau einer katastrophenresistenten Gesellschaft durch verbesserte öffentliche Dienste

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**IN ERINNERUNG** an das schwere M9-Erdbeben, das am 11. März 2011 um 14:46 Uhr die gesamte Ostküste Japans heimgesucht und einen Tsunami sowie die Havarie der Fukushima-Atommeiler verursacht und damit Japan und seine Umgebung in Angst und Schrecken versetzt hat;

**IN ANERKENNUNG** der Tatsache, dass das Erdbeben und der Tsunami eine große Zahl von Todesopfern gefordert und die betroffenen Landstriche zerstört und verwüstet haben, und dass von den Folgeschäden des Reaktorunglücks nicht nur die unmittelbare Umgebung der Atommeiler, sondern auch große Gebiete in einer extrem weiten Umgebung betroffen sind und die Art der Schäden nicht nur auf die Strahlenexposition und die nukleare Verseuchung einschließlich der Strahlenbelastung des Meerwassers begrenzt ist, sondern auch wirtschaftliche Verluste der Unternehmen in der Region aufgrund haltloser Gerüchte, des Zusammenbruchs von Gemeinden, psychischer Erkrankungen und wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Probleme beinhaltet;

Entsprechend der auf der APRECON im Oktober 2011 von den asiatisch-pazifischen PSI-Mitgliedern angenommenen und auf der Vorstandstagung im November 2011 bestätigten Entschliessung;

**STELLT FEST**, dass sich Katastrophen auf zahlreiche Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft auswirken; dass es sich zwar in den meisten Fällen um Naturkatastrophen handelt, die aber gleichzeitig auch von Menschen verursacht werden; dass öffentliche Dienste zu jedem Zeitpunkt von der Katastrophenprävention über Notfallmaßnahmen bis hin zu Bergung und Wiederaufbau eine wichtige Rolle übernehmen; dass die körperlichen und mentalen Belastungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die diese Aufgaben übernehmen, unermesslich hoch sind; und dass schließlich die exzessive Reduzierung und Privatisierung öffentlicher Dienste diese Problematik verschärft hat;

### **STELLT FERNER FEST,**

dass folgende Aufgaben dringend und schnell wahrgenommen werden müssen:

- i. Stärkung der UN-Katastrophenhilfsmechanismen und Einrichtung eines Spendensammelsystems, um die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen zu können;
- ii. Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, um die Abhängigkeit von der Kernenergie und fossilen Brennstoffen zu verringern;
- iii. Befürwortung von guten Praktiken auf internationaler Ebene, um die Zusammenarbeit im Umweltschutz zu verbessern;
- iv. Darstellung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes in Katastrophenfällen als eines der zentralen Themen der Kampagne der internationalen Branchengewerkschaften für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste;
- v. Organisation der MitarbeiterInnen von Noteinsatzdiensten und Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten;
- vi. Ausrichtung einer internationalen PSI-Konferenz, um den Schwerpunkt auf Energiepolitiken zu legen; und
- vii. Bessere Durchsetzung von Hilfsmaßnahmen für Betroffene von Katastrophen.

**FORDERT** gemeinsame Aktionen der Mitglieder der globalen PSI-Mitgliedsgewerkschaften in öffentlichen Diensten zum Aufbau einer sicheren Gesellschaft;

**Beauftragt** den PSI-Vorstand, dringend einen Ausschuss unter seiner Leitung zu ernennen, mit der spezifischen Aufgabe, nachhaltige Strategien zu entwickeln, um die oben ausgeführten Ziele zu erreichen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 4)** **Die PSI verteidigt den allgemeinen Zugang zur Hochschulbildung**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **IM HINBLICK AUF**

Die Präsentation der *Asociación del Personal de la Universidad de Buenos Aires* (APUBA), einer Mitgliedsgewerkschaft der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI) der Republik Argentinien, im Namen der *Confederación de los Trabajadores y las Trabajadoras de las Universidades de las Américas* (CONTUA), einer Vertretung der technisch-administrativen ArbeitnehmerInnen der öffentlichen Universitäten Lateinamerikas, welche die PSI als internationale gewerkschaftliche Dachorganisation anerkennt;

### **EBENFALLS IM HINBLICK DARAUFG,**

Dass die Internationale der Öffentlichen Dienste auf globaler Ebene aus der Perspektive der ArbeitnehmerInnen die öffentlichen Dienste als Instrumente zur Errichtung sozialer Gerechtigkeit im Dienste der Entwicklung der Arbeiterklasse verteidigt;

Dass CONTUA die gewerkschaftliche Organisation ist, welche die technisch-administrativen ArbeitnehmerInnen der öffentlichen Universitäten Lateinamerikas vereint und die Internationale der Öffentlichen Dienste als internationale gewerkschaftliche Dachorganisation anerkennt;

Dass die Hochschulbildung auf der ganzen Welt durch neoliberale politische Angriffe durch die Regierungen zahlreicher Industrieländer bedroht ist, die unter dem Vorwand der Wirtschaftskrise regressive Politiken umsetzen, welche der Arbeiterklasse den Zugang zu öffentlicher und hochwertiger Bildung verwehren;

Dass während der UNESCO-Weltkonferenz über Hochschulbildung (WCHE) in Paris im Jahr 2009 mehrere Regierungen von Industrieländern mit neoliberalen Positionen eindeutig bekannten, dass der Zugang zu den Räumen der Wissenserzeugung und -verbreitung von wesentlicher Bedeutung ist und dass sie deshalb versuchen würden, in entscheidender und aggressiver Weise Einfluss auf die öffentlichen Hochschulbildungssysteme zu nehmen;

Dass die gewerkschaftlichen VertreterInnen bei der WCHE sich aktiv an den ideologischen Debatten im Rahmen der Konferenz beteiligten. Dass die Frage des öffentlichen bzw. privaten Charakters von Bildung und Wissen im Mittelpunkt der Diskussionen stand und die geschlossene Haltung der Gewerkschaften entscheidend dafür war, dass in der Schlusserklärung der WCHE hervorgehoben wurde, wie wichtig und allgemeingültig es sei, Bildung und Wissen zum GEMEINGUT zu erklären, dass jedoch dieses positive Endergebnis für uns nicht bedeuten kann, dass wir die massive und gefährliche Zunahme von gegenteiligen Positionen, wie sie beim Forum von Paris zutage kamen, nicht mehr wahrnehmen;

### **ERKLÄRT UND BESCHLIESST AUS DIESEM GRUND**

**ERSTENS:** dass das Hochschulwesen gemäß den ideologischen Prinzipien der Internationalen der Öffentlichen Dienste ein Ziel des sozialen Wandels verfolgen muss, mit dem sich die in unseren Ländern bestehenden Ungleichheiten nach und nach überwinden lassen. Die Hochschulbildung, verstanden als „Gemeingut“ in der Schlusserklärung der WCHE, muss durch Konzepte der Kostenfreiheit, der Chancengleichheit beim Zugang, der staatlichen Finanzierung, der Exzellenz für Alle, der Achtung der Vielfalt, des demokratischen und partizipativen Prinzips als ein soziales Modell der Wissensgenerierung und -entwicklung umgesetzt und ergänzt werden;

**ZWEITENS:** dass die öffentliche Hochschulbildung uneingeschränkt verteidigt werden muss und deshalb die Internationale der Öffentlichen Dienste jeglichen direkten oder verborgenen Versuch, der Hochschulbildung die „Markt“-Kriterien aufzuzwingen, welche ihren Ursprung fast immer in parteiischen Strategien im Zusammenhang mit Finanzierungsfragen, Regierungsfor-

men, Akkreditierungs- und Internationalisierungssystemen der Institutionen haben, zurückweist;

**DRITTENS:** dass die ArbeitnehmerInnen der öffentlichen Dienste eine humanistischere, demokratischere, inklusivere, volksnähere Universität anstreben, die vor allem die Menschenrechte verteidigt, kostenlos, ganzheitlich, staatlich finanziert, hochwertig ist und ethisch geführt wird. Bekräftigt nochmals unseren Widerstand gegen die Privatisierung des Bildungswesens im Allgemeinen und der Hochschulbildung im Besonderen;

**VIERTENS:** dass er die Arbeit der CONTUA begrüßt und schätzt und seine Verpflichtung zur Unterstützung und Zusammenarbeit bekräftigt.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 5)** **Rahmenwerk Gemeinwohl – Gemeinsames Vermögen**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**ANERKENNT** die wachsende Einkommensungleichheit als größte Herausforderung, vor der viele Länder weltweit heute stehen;

**IST ALARMIERT**, dass sich die Einkommenskluft zwischen den reichsten und ärmsten Bürgern der meisten Länder in den letzten 30 Jahren dramatisch verbreitert hat, wodurch Volkswirtschaften instabiler wurden, das soziale Gefüge von Nationen beeinträchtigt und der Lebensstandard ihrer BürgerInnen gemindert wurde;

**IST DER AUFFASSUNG**, dass die zunehmende Einkommensungleichheit weltweit durch vier globale Phänomene verschärft wird:

- Zunehmender Mangel an Steuergerechtigkeit in vielen Nationen, was zu höheren Ausgaben für die Gegenfinanzierung von Steuerkürzungen für Unternehmen und Wohlhabende und zu geringeren Ausgaben zugunsten der öffentlichen Dienste geführt hat;
- Unablässige Angriffe auf die öffentlichen Dienste und Programme weltweit, womit mehr und mehr der schutzbedürftigsten Bürger weltweit beim Einsatz für ihre Interessen sich selbst überlassen sind;
- Unerbittliche Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte zugunsten der Rechte der Unternehmen, was dazu geführt hat, dass die Gewerkschaftsdichte in den meisten Ländern zurückgegangen ist und die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, eine höhere Einkommensgleichheit für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen; und
- Die Aufgabe proaktiver wirtschaftspolitischer Strategien weltweit zugunsten von den Wirtschaftsakteuren freie Hand lassenden Strategien der Deregulierung, des Freihandels, der Privatisierung und Regierungsausgaben für Steuerkürzungen zugunsten von Unternehmen ohne Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Gegenzug;

**ERACHTET** die öffentlichen Dienste als Ausdruck des gemeinsamen Vermögens einer Nation zugunsten des Gemeinwohls;

**BEKRÄFTIGT**, dass von Regierungen bereitgestellte öffentliche Dienste durch progressive und auf Steuergerechtigkeit basierende Steuersysteme angemessen finanziert werden müssen;

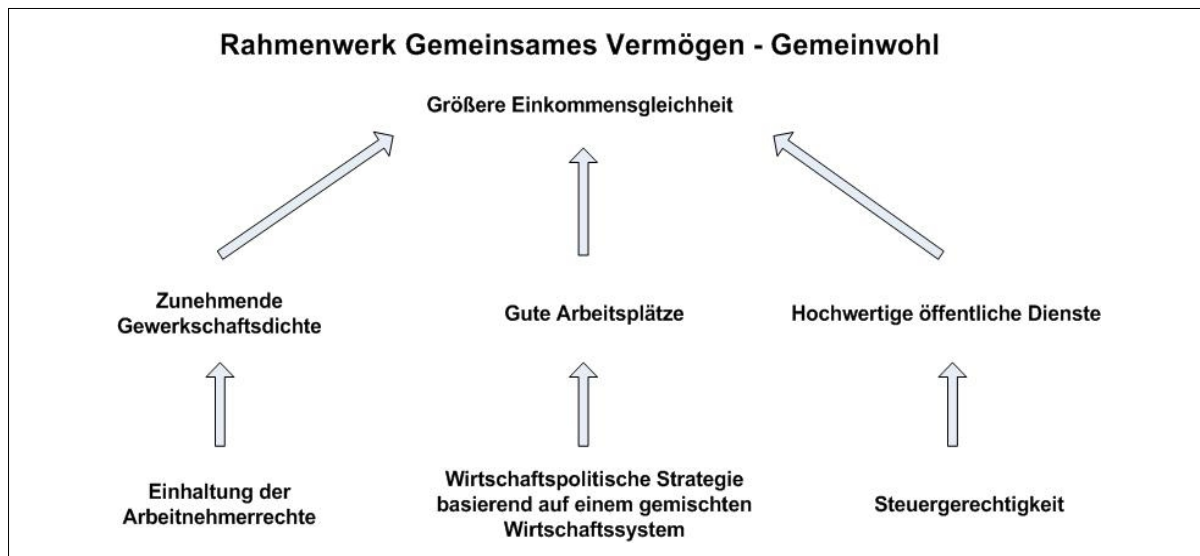
**STELLT FEST**, dass es mehr und mehr empirische Belege aus internationalen Organisationen wie der IAO und der Weltbank gibt, die klar beweisen, dass ein hoher Organisationsgrad zu größerer Einkommensgleichheit führt;

**UNTERSTÜTZT** die Entwicklung von wirtschaftspolitischen Strategien durch Nationen, die gemischte Wirtschaftssysteme basierend auf nachhaltigem Wirtschaftswachstum, grünen Technologien, gerechter Vermögensverteilung und sozialer Gerechtigkeit fördern;

**APPELLIERT** an die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) zur Annahme eines *'Rahmenwerks Gemeinsames Vermögen – Gemeinwohl'* mit Schwerpunkt auf folgenden Punkten:

- Hochwertige öffentliche Dienste, die die Bedürfnisse aller BürgerInnen befriedigen und Werte wie Gleichheit und Inklusivität zur Geltung bringen;
- Steuergerechtigkeit basierend auf einem progressiven Ansatz der Vermögensverteilung;
- Volkswirtschaftliche Strategien, die gemischte Wirtschaftssysteme basierend auf nachhaltigem Wirtschaftswachstum, grünen Technologien, fairer Vermögensverteilung und sozialer Gerechtigkeit fördern; und
- Anerkennung der Arbeitnehmerrechte als Menschenrechte und als Instrument von kritischer Bedeutung, um mehr wirtschaftliche Gleichheit und soziale Rechte für alle BürgerInnen zu erreichen;





**DRÄNGT** die PSI, dieses Rahmenwerk als klugen wirtschaftspolitischen Ansatz zur Reduzierung der Einkommensungleichheiten auf der ganzen Welt voranzutreiben;

**DRÄNGT WEITERHIN** die PSI, für dieses Rahmenwerk im Zusammenhang mit ihrer Kampagne *Hochwertige öffentliche Dienste – Jetzt handeln!* sowie in ihren Kontakten mit nationalen Regierungen und internationalen Institutionen zu werben.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 6) Sichere Arbeitsplätze**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FEST,**

dass sichere Beschäftigungsformen in Verbindung mit guten Arbeitsbedingungen, einer sicheren Arbeitsumgebung und bewährten Systemen der sozialen Absicherung im Krankheitsfall, bei Elternschaft und bei Arbeitslosigkeit sowie einer guten Altersversorgung Voraussetzungen für ein sicheres Lebensgefühl der Menschen sind; und er

### **STELLT FERNER FEST,**

dass die Absicherung unserer Mitglieder von starken Kollektivvereinbarungen und Gewerkschaften sowie von IAO-Übereinkommen sowie einer nationalen Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik abhängt. Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Beschäftigung.

Ein dynamischer Arbeitsmarkt erfordert Beschäftigungssicherheit und ist eine bewusste politische Offensivmaßnahme für eine soziale Entwicklung, die selbst wiederum die Grundlage für nachhaltiges Wachstum, eine hohe Produktivität und bessere Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder ist. Eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, eine Struktur- und Industriepolitik, die in Bildung und Forschung investiert und Innovationen und die Entwicklung der Sozialsysteme unterstützt, leistet einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherheit und zu einem dynamischen Arbeitsmarkt.

Die Rechte unserer Mitglieder im Arbeitsleben beruhen auf den Arbeitsgesetzen, Kollektivvereinbarungen und einer gleichberechtigten Partnerschaft. Die Fähigkeit, den Strukturwandel sozial abzusichern oder Forderungen der Arbeitgeber nach einer schnellen Anpassung zu entsprechen, erfordert ebenfalls vernünftige Rahmenbedingungen, Bildung und Sozial- und Gewerkschaftsrechte. Als Gewerkschaftsorganisationen haben wir mit den Arbeitgebern eine gemeinsame Verantwortung, sichere Rahmenbedingungen für den Anpassungsprozess zu schaffen.

Nationale und internationale Gesetze und Verordnungen müssen darauf abzielen, Mitgliedern Sicherheit und Gewerkschaften weitreichenden Einfluss zu geben.

Die PSI-Mitgliedsorganisationen müssen mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass sich Gesetze und Kollektivvereinbarungen gegenseitig ergänzen und dass bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden, die auf die Wirtschaftszweige und Verhältnisse in den jeweiligen Ländern abgestimmt sind. Die Arbeitsgesetze und Kollektivvereinbarungen müssen für beide Parteien rechtsverbindlich sein und Mitglieder in unterschiedlichen Situationen schützen. Das gegenseitige Vertrauen der Partner ist die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit und führt zu besseren Bedingungen für die Mitglieder sowie zu einer langfristigen Perspektive, zu Stabilität und zu Flexibilität für den Arbeitgeber.

Kollektivvereinbarungen verteilen Risiken auf Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen, wenn es zu Wandlungsprozessen oder negativen wirtschaftlichen Entwicklungen kommt. Die Vereinbarungen schützen das einzelne Mitglied, wenn sich das Arbeitsleben oder auch das Privatleben verändert. Sie eröffnen die Möglichkeit einer hohen Beschäftigungsfähigkeit durch Ausbildung und Kompetenzentwicklung. Kollektivvereinbarungen regeln ebenfalls die Vergütung bei Elternurlaub und ermöglichen es dem Mitglied, Arbeitsleben und Elternschaft miteinander zu verbinden.

### **STELLT FERNER FEST,**

dass die Erbringer öffentlich finanzierter Dienstleistungen das Recht auf eine gute Arbeitsumgebung haben, gekennzeichnet durch sichere und gefahrlose Arbeitsplätze, eine zumutbare Arbeitsbelastung, ein gutes Management und ein Arbeitsklima ohne Belästigungen und Diskriminierungen. Niemand sollte an seinem Arbeitsplatz Gefahr laufen, körperlich oder psychisch zu erkranken.

**STELLT FERNER FEST,**

dass die globale Krise und wirtschaftliche Unwägbarkeiten als Vorwand für die fehlende Bereitschaft der Arbeitgeber genutzt werden, ArbeitnehmerInnen sichere Beschäftigungsverhältnisse anzubieten. In anderen Ländern wird erklärt, dass eine starke wirtschaftliche Entwicklung und ein kontinuierliches Wachstum unsichere Beschäftigungsformen erfordere. In zahlreichen Ländern weltweit gibt es deutlich mehr Frauen als Männer, die in zeitlich befristeten unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Welche Unterschiede es zwischen den Arbeitsbedingungen von Männern und Frauen gibt, wird an den Beschäftigungsformen ersichtlich.

Zeitlich auf Monate, Tage, Stunden oder eine Saison befristete Arbeitsverhältnisse sind im Hinblick auf Arbeitsrechte oder Beschäftigungsbedingungen nicht so sicher wie eine unbefristete Beschäftigung. Prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es besonders bei jungen ArbeitnehmerInnen, Frauen und ArbeitsmigrantInnen, die folglich weniger gegen Diskriminierungen, schlechte Arbeitsumgebungen und Ausbeutung geschützt sind.

**STELLT FERNER FEST,**

dass der öffentliche Sektor und der Sozialstaat in Krisenzeiten besonders auf die Probe gestellt werden. Einschränkungen von Sozialleistungen bei rückläufigen Steuereinnahmen, Krisenbekämpfung durch Massenentlassungen und Personalabbau, die zu Hunderttausenden neuen Arbeitslosen führen, während es weiterhin einen großen Bedarf an Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialdienstleistungen gibt, sind keine politischen Maßnahmen, die zu Wachstum führen. Es ist wichtig, dass es bei der Dienstleistungserbringung regelmäßige Effizienzgewinne und Verbesserungen gibt. Es ist aber noch wichtiger, in Krisenzeiten einen großen und leistungsfähigen öffentlichen Sektor zu erhalten. Die probaten Mittel hierzu sind Bildungsinitiativen, Arbeitsmarktmaßnahmen und eine vernünftige Industriepolitik – teilweise zur Abschwächung der Auswirkungen der Krise, aber ebenfalls für eine schnellere wirtschaftliche Erholung nach der Krise.

Wirtschaftliche und soziale Sicherheit gehören zu den Grundvoraussetzungen für eine gute öffentliche Gesundheit. Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen einer guten öffentlichen Gesundheit und einer Gesellschaft, in der wirtschaftliche und soziale Sicherheit, gleiche Lebensbedingungen, Chancengleichheit und Gerechtigkeit die bestimmenden Faktoren sind. Die Entwicklung gemeinsamer Systeme der sozialen Sicherheit, die flexibel sind und auf den Bedingungen und Interessen der einzelnen Länder basieren, ist eine Voraussetzung, um dies zu erreichen.

**STELLT FERNER FEST,**

dass viele Länder weltweit keine ausreichenden Systeme der Altersversorgung haben oder überhaupt nicht über derartige Systeme verfügen.

Die Systeme der Altersversorgung müssen in fast allen Ländern reformiert und gestärkt werden. Diese Reformen der Rentensysteme bleiben für die absehbare Zukunft eine zentrale Aufgabe. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung besteht darin, aktiv an Diskussionen teilzunehmen und in jeder erdenklichen Weise dafür zu sorgen, dass Regierungen und politischen Entscheidungsträger gerechte Lösungen für ihre BürgerInnen finden. Eine Altersversorgung ist eine langfristige Verpflichtung. Die hierzu geschaffenen Systeme und die zur Altersversorgung abgeschlossenen Kollektivvereinbarungen müssen nachhaltig sein und über viele zukünftige Jahre funktionieren.

Damit wir die von uns erwartete Verantwortung übernehmen können, müssen wir unsere Zusammenarbeit und unseren länderübergreifenden Erfahrungsaustausch weiterentwickeln. Die PSI ist der Auffassung, dass Rentenanwartschaften geschlechtsneutral gestaltet werden müssen und dass die zukünftige wirtschaftliche Absicherung der Menschen nicht auf Spekulation basieren darf.

**STELLT FERNER FEST,**

dass das Recht auf einen existenzsichernden Lohn in vielen Ländern nicht dem Mindestlohn entspricht. In einem Fünftel der Länder der Welt liegt der Mindestlohn unterhalb der Armutsgrenze von 2 Dollar am Tag. Infolge der Wirtschaftskrise sind Forderungen nach Lohnkürzungen zu hören, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Es ist wichtig, sich in Krisenzeiten an den „Gewerkschaftseid“ bzw. an das Versprechen der ArbeitnehmerInnen zu erinnern, dass sie sich im Wettbewerb um Arbeitsplätze nicht auf geringere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen einlassen. Es ist offensichtlich, dass niedrigere Löhne nicht zu mehr Arbeitsplätzen und weniger Arbeitslosigkeit führen.

Wir brauchen im Gegenteil auf globaler und regionaler Ebene Fördermaßnahmen und eine Wirtschaftspolitik, die zu mehr Wachstum führt.

#### **ERMAHNT DIE PSI,**

der Genfer Charta für hochwertige öffentliche Dienste Vorrang zu geben und verstärkt nach den Vorgaben der Charta zu handeln.

#### **ERMAHNT DIE MITGLIEDER,**

1. sich an der Arbeit der PSI im Rahmen der Genfer Charta zu beteiligen und sie zu unterstützen und sie an nationale Gegebenheiten anzupassen;
2. An allen Fronten und unter Einsatz aller demokratischen Mittel für eine integrative Gesellschaft mit einem gut funktionierenden öffentlichen Sektor zu arbeiten, der frei von Korruption ist und der das uneingeschränkte Vertrauen der BürgerInnen hat;
3. Sich an einer ambitionierten Politik zu beteiligen, die die Arbeitslosigkeit durch eine kontinuierliche Kompetenzentwicklung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft bekämpft und sich für das Gemeinwohl einsetzt;
4. Sich dafür einzusetzen, dass das Recht auf einen existenzsichernden Lohn gleichbedeutend ist mit dem Recht auf einen Mindestlohn oder Niedriglöhne für Vollzeitarbeit;
5. Sich im Rahmen von Kollektivvereinbarungen und politischer Einflussnahme für eine gute öffentliche Gesundheit und eine Gesellschaft einzusetzen, die durch wirtschaftliche und soziale Absicherung, gleiche Lebensbedingungen, Chancengleichheit und Gerechtigkeit gekennzeichnet ist;
6. Sich für mehr Solidarität zwischen ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und ArbeitnehmerInnen mit unbefristeten Verträgen einzusetzen;
7. Ihre Satzungen dahingehend zu ändern, dass sie auch ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen gewerkschaftlich organisieren können;
8. Innergewerkschaftlich Beauftragte darin zu schulen, ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen gewerkschaftlich zu organisieren.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 7)** **Allgemeiner Zugang zu Gesundheitsversorgung**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FEST, DASS:**

- a) Gesundheit ein grundlegendes Menschenrecht ist und für alle BürgerInnen zugänglich sein sollte;
- b) Die Krankheitslast über die Nationen hinweg und besonders in den Entwicklungsländern zunimmt;
- c) Gesundheit ein Gut geworden ist, das an den Meistbietenden verkauft wird und deshalb die Armen ausgrenzt;
- d) Gesundheit sich aktuell rasant in ein privatisiertes Gut verwandelt und deshalb der Zugang zu Gesundheitsversorgung mittlerweile ein Privileg und kein Grundrecht mehr ist;

### **STELLT WEITERHIN FEST, DASS**

- e) Der sozioökonomische Status von Gesellschaften kontinuierlich durch die schrecklichen Auswirkungen des mangelnden Zugangs zu Gesundheitsversorgung beeinträchtigt wird;
- f) Der sich ständig verschlechternde Zustand der Gesundheitsdienste auch die entwickelten Länder beeinträchtigt, insbesondere im Hinblick auf die Erbringung der Dienstleistung;

### **IST ÜBERZEUGT, DASS:**

- a) Der Zustand der Gesundheitsdienste in den Entwicklungsländern im Besonderen hauptsächlich durch die extreme Knappheit an Personal und sonstiger Infrastruktur verschärft wird;
- b) Die Kosten für pharmazeutische Produkte und Medikamente für Entwicklungsländer extrem hoch sind, weshalb es für die Arbeiterklasse eine Herausforderung ist, Zugang zu diesen zu erhalten;
- c) Der Mangel an ausreichenden Mitteln zur Ausbildung von Gesundheitsfachkräften in Entwicklungsländern den Zustand der Gesundheitsversorgung angesichts chronischer Pandemien noch weiter verschlimmert; und

### **ENTSCHLIESST, DASS:**

- a) Der Kongress eine Kampagne zugunsten des universellen Zugangs zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen, unabhängig von ihrem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Status, entwickeln sollte.
- b) Unterstützungsmechanismen zur Förderung der Gesundheitsversorgung für alle und in allen Nationen, vor allem in Entwicklungsländern entwickelt werden.
- a) Eine Kampagne entwickelt wird, die sich gegen die Privatisierung der Gesundheitsversorgung einsetzt;
- b) Die Entwicklung von Personalressourcen im Gesundheitswesen die Schlüsselpriorität sein sollte und Gesundheitsfachkräfte von der Migration abgehalten werden sollten.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 8)** **Standards und Qualität in der Gesundheitsversorgung**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**STELLT FEST**, dass Guyana als Mitgliedstaat der IAO das IAO-Übereinkommen Nr. 149 ratifiziert hat;

dass die Regierung von Guyana gemäß IAO-Übereinkommen Nr. 149 verpflichtet ist, sicherzustellen, dass die grundlegenden Anforderungen betreffend die Krankenpflegeaus- und -fortbildung und die Überwachung solcher Aus- und Fortbildungen in nationalen Gesetzen oder Rechtsvorschriften oder durch die zuständige Behörde oder zuständige berufsständische Organe, die durch Gesetz oder Rechtsvorschriften dazu ermächtigt sind, festgelegt werden; und

Dass die Krankenpflegeaus- und -fortbildung mit der Aus- und Fortbildung anderer ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen koordiniert werden muss; und

Dass weiterhin nationale Gesetze oder Rechtsvorschriften die Anforderungen für die Praxis der Krankenpflege festlegen und auf Personen beschränken müssen, die diese Anforderungen erfüllen; und

### **FORDERT DESHALB,**

dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Beteiligung von Krankenpflegepersonal an der Planung von Krankenpflegediensten und um Konsultationen mit solchen Personen zu sie betreffenden Entscheidungen in einer für die Landesbedingungen angemessenen Weise zu fördern;

Dass die Festlegung von Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen bevorzugt durch Verhandlungen zwischen betroffenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu erfolgen hat;

Dass die Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Festlegung von Beschäftigungsbedingungen durch Verhandlungen zwischen den Parteien oder solchermaßen anzustreben ist, dass das Vertrauen der beteiligten Parteien durch unabhängige und unparteiische Mittel wie Vermittlung, Schlichtung und freiwillige Schiedsverfahren sichergestellt ist;

Dass das Gesundheitsministerium dafür verantwortlich ist, sicherzustellen, dass den BürgerInnen dieses Landes eine hochwertige Gesundheitsversorgung durch das Personal seines Gesundheitswesens geboten wird; weshalb angemessenes Augenmerk auf die Bildungseinrichtungen und die Bedingungen, unter denen diese Bildungsmaßnahmen durchgeführt werden, gelegt werden sollte;

### **IN ANBETRACHT DER TATSACHE,**

dass die Krankenpflegeschule Guyanas (*Guyana School of Nursing*) mit den Jahren unter immer erschreckenderen Bedingungen arbeitet, wo AusbilderInnen und Auszubildende gezwungen sind, den Unterricht unter widrigen Umständen durchzuführen, z.B.:

- Sind mehr als 500 (männliche wie weibliche) Auszubildende der Schule gezwungen, sich (8) Sanitäreinrichtungen in einer 15-minütigen Pause und einer einstündigen (1) Mittagspause zu teilen;
- Gibt es nur vier (4) VollzeitausbilderInnen für die berufsbildenden Programme, einschließlich Rentnern, die höchst wahrscheinlich aus Fürsorge und Besorgnis ihrem edlen Beruf einen Dienst erbringen; das bedeutet, dass ganze 100 KrankenpflegeschülerInnen gleichzeitig in einem Raum mit nur einem/-r AusbilderIn Unterricht haben;
- wurden wegen der begrenzten Räumlichkeiten die Auszubildenden in 12-er-Gruppen zu praktischen Übungen in den Praxisraum gebracht, wobei der/die AusbilderIn nach drei Durchläufen (d.h. drei Gruppen) völlig erschöpft war;
- waren Sitzgelegenheiten in den Klassenzimmern, Belüftung und persönlicher Raum nicht angemessen für mehr als 100 Auszubildende, was noch durch die Beschallungsanlage mit einem einzigen Lautsprecher verschlimmert wurde, weshalb viele Auszubildende nichts hören konnten;

Dass wegen der großen Klassengröße die Prüfungen verwässert wurden. Dass trotz dieser Reduzierung Auszubildende jedoch mit anderen Fächern fortfahren, ohne zu wissen, ob sie die vorherigen bestanden haben oder nicht; weiterhin

Dass im klinischen Bereich (Stationen und Kliniken von Krankenhäusern) Überfüllung besteht, was effektive Kommunikation behindert und Lehr-/Lernprozesse beeinträchtigt. In der Folge gibt es keine angemessene Supervision und Evaluation der KrankenpflegeschülerInnen, die 2 Wochen anstatt des geforderten einen (1) Monats als Rotationsperiode in den klinischen Bereichen verbringen; nicht alle KrankenpflegeschülerInnen kommen per Rotation in alle Abteilungen (insbesondere die Intensivstation, die Schwerstpflegestation, Hals-, Nasen-, Ohrenabteilung; Augenklinik und Pädiatrie) im Krankenhaus, um das nötige Wissen und die erforderliche Erfahrung zu erlangen;

#### **IN BESORGNIS**

darüber, dass das Gesundheitsministerium ungeachtet dieser Überfüllung und dieser nicht wünschenswerten Situation beabsichtigt, eine weitere Gruppe von KrankenpflegeschülerInnen aufzunehmen (zusätzlich zu den 100 der Krankenpflegeschule);

#### **OBWOHL**

die Krankenpflegevereinigung *Guyana Nursing Association* und die Gewerkschaft *Guyana Public Service Union* das Ministerium öffentlich drängen, davon abzusehen;

#### **WEITERHIN FESTSTELLEND,**

dass bei der staatlichen Zwischenprüfung für KrankenpflegeschülerInnen im zweiten Jahr 80% der Prüflinge durchgefallen sind;

dass das Gesundheitsministerium ohne Berücksichtigung der Entwicklungen und Überfüllung der Krankenpflegeschule und ungeachtet der Auswirkungen auf SchülerInnen und AusbilderInnen, die ihr Missfallen und ihr Unbehagen über das, was sie aktuell erleben, zum Ausdruck gebracht haben, seine Pläne fortsetzt und einen neuen Jahrgang zur Ausbildung zulassen will;

Dass die gefährlichen und verheerenden Konsequenzen aus dieser Situation zu einer Gefahr für die Gesundheitsversorgung in Guyana würden, die aufgrund der Abwanderung vieler kompetenter GesundheitsdienstleisterInnen bereits sehr beeinträchtigt ist;

#### **DRÄNGT**

alle Mitgliedsgewerkschaften, die Anstrengungen der *Guyana Nurses Association* und der *Guyana Public Service Union* zur Sicherstellung von angemessener Ausbildung für KrankenpflegerInnen in einer förderlichen Umgebung zu unterstützen; und

#### **BEAUFTRAGT**

den Generalsekretär, die Sorgen und Wünsche des Kongresses im Hinblick auf die Sicherstellung einheitlicher Gesundheitsstandards durch die Einhaltung der Verpflichtungen der Regierung von Guyana gemäß IAO-Übereinkommen Nr. 149 gegenüber der Regierung von Guyana zum Ausdruck zu bringen und die Aufmerksamkeit der Internationalen Arbeitsorganisation, der Weltgesundheitsorganisation und der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation auf diese Angelegenheit zu lenken.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 9) Gesundheitssektor**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FOLGENDES FEST:**

Der Gesundheitssektor gehört zu den von der Internationale der Öffentlichen Dienste vertretenen Gruppierungen mit der stärksten Präsenz und der höchsten Anzahl an Mitgliedern, darunter auch in den Ländern der Südspitze Lateinamerikas. Mitglieder in unserem Land haben im Rahmen eines umfassenden Arbeitsprogramms die Qualität öffentlicher Dienste gefördert und wehren sich gegen eine öffentliche Politik, die die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen dem privaten Sektor übertragen will.

### **DESHALB BESCHLIESST DER KONGRESS FOLGENDES:**

1. Die Internationale der Öffentlichen Dienste wird weiterhin Pläne zur Privatisierung des Gesundheitssektors bekämpfen, wie sie von Regierungen in Lateinamerika und im Rest der Welt gefördert werden. Damit sind Privatisierung in ihrer unterschiedlichsten Form gemeint, eingeschlossen Outsourcing, Konzessionen oder Privatisierung von Gesundheitsdienstleistungen.
2. Die Internationale der Öffentlichen Dienste wird Bündnisse mit Organisationen der Zivilgesellschaft, Studentengruppen und NutzerInnen des öffentlichen Gesundheitswesens eingehen, um Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu ergreifen und ein qualitativ hochwertiges öffentliches Gesundheitssystem für die gesamte Bevölkerung zu garantieren.
3. Die Internationale der Öffentlichen Dienste wird im Kontext der Welle von Gewalt von NutzerInnen und Militär gegen Gesundheitsfachkräfte weiterhin ihre globale Politik zur Gewährleistung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten im Gesundheitssektor weiterentwickeln.
4. Stärkung und Fortführung der Arbeit der Weltgesundheitsgruppe bei gleichzeitiger Erhöhung der zugeordneten Ressourcen, damit längere Jahreskonferenzen von mindestens vier Tagen Dauer stattfinden können.



## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 10)** **Krankenpfleger-Patienten-Quotienten durch kollektives Engagement zugunsten der PatientInnen**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FEST:**

Zu einer Zeit, in der der Druck auf nationale Gesundheitssysteme in Richtung Haushaltskürzungen und „mehr Leistung mit weniger Mitteln“ steigt, haben die geprüften KrankenpflegerInnen mit einer globalen Anstrengung zur Verbesserung der klinischen Ergebnisse, zur Reduzierung nosokomialer Infektionen und zur Aufrechterhaltung erfahrener Belegschaften reagiert. Die Festsetzung eines Patient-Krankenpfleger-Mindestquotienten ist das Schlüsselement dieser Anstrengungen.

Basierend auf den Erfahrungen im Staat Kalifornien, in den Vereinigten Staaten, wirken Krankenpfleger-Patienten-Quotienten lebensrettend. Linda Aiken von der *University of Pennsylvania*, die Autorin einer Schlüsselstudie aus 2010 betreffend Krankenpfleger-Patienten-Quotienten, fand heraus, dass die Erfahrungen aus Kalifornien auch andernorts relevant sind. Im Besonderen ergab die Aiken-Studie mit 1,1 Mio. PatientInnen im Jahr 2005 und 2006, dass die Krankenpfleger-Patienten-Quotienten, die in Kalifornien vorgeschrieben sind, über einen Zweijahreszeitraum in New Jersey und Pennsylvania 468 PatientInnen das Leben hätten retten können.

Linda Aiken, die die Studie leitete und dem *Center for Health Outcomes and Policy Research* der Krankenpflegeschule Pennsylvania vorsteht, berichtet, dass eine höhere Zahl an KrankenpflegerInnen „viele tausend PatientInnen jährlich“ retten könnte.

Eine Überprüfung dieser und anderer Forschungsarbeiten und die Berücksichtigung aktueller Erfahrungen von geprüften KrankenpflegerInnen, die in Quotienten-Systemen arbeiten, einschließlich in New South Wales (Australien), belegen, dass:

- Als Ergebnis aus den verbesserten Arbeitsbedingungen durch Quotienten, geprüfte KrankenpflegerInnen in den Krankenhäusern seltener kündigen;
- Es als Ergebnis aus dem Quotienten-Gesetz keine Knappheit an KrankenpflegerInnen in Kalifornien gibt;
- Quotienten sicherstellen, dass die 15-30% AbsolventInnen, die ihren Krankenhausposten ansonsten im ersten Jahr aufgeben, de facto im Krankenhaus bleiben;
- Die Auswirkungen auf die Patientenversorgung sehr positiv waren – aus der Perspektive des Krankenpflegepersonals;
- Da Arbeitskräfte im Betrieb gehalten werden, damit die Fluktuation sinkt, die Belegschaft stabiler und die Patientenversorgung besser ist, Quotienten den Krankenhäusern Geld sparen.

Die Durchsetzung solcher Quotienten erfordert kollektives Engagement zugunsten der PatientInnen. Wir anerkennen die Bedeutung des kollektiven Engagements für die PatientInnen, für die öffentliche Gesundheit und die Integrität beruflicher Standards in der Krankenpflege, insbesondere beim Kampf gegen die Untergrabungs-, Restrukturierungs-, Abbau-, Deregulierungs- und Abschaffungsmaßnahmen durch Privatisierungspolitik und gegen die zunehmende Rolle von großen Gesundheitsversorgungsunternehmen, Krankenhausketten, pharmazeutischen Unternehmen und anderen mächtigen Wirtschaftsinstitutionen und -interessen, die aktuell die Kontrolle über den Zugang zu und die Verfügbarkeit und Qualität von Gesundheitsdiensten zu Profitzwecken und zur Generierung von zusätzlichen Einnahmen und wider das Interesse von PatientInnen und NutzerInnen von Gesundheitsdiensten anstreben.

Die Umsetzung einer sicheren Belegschaftszahl in allen klinischen Bereichen ist Teil einer Politik, die Gesundheitssicherheit zu einem grundlegenden Menschenrecht erhebt, als Garantie und Anspruch auf menschenwürdige Gesundheitsversorgung für alle Menschen, die allen Personen Gesundheitsversorgung in

gleicher Weise, gemäß einheitlichen Pflegestandards und frei von Einmischungen oder Verweigerungen aufgrund kommerzieller, wirtschaftlicher oder steuerlicher Interessen oder Prioritäten von privaten oder öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen, Vereinigungen oder Personen, zur Verfügung stellt.

Krankenpfleger-Patienten-Quotienten können dazu beitragen, ein öffentlich finanziertes, universelles Gesundheitswesen aufrechtzuerhalten und einen einheitlichen Versorgungsstandard für alle umzusetzen.

Geprüfte KrankenpflegerInnen müssen ausreichende Kontrolle über die Arbeits- und Pflegebedingungen haben, um die freie und unabhängige Festlegung und Erbringung von Pflegeleistungen im ausschließlichen Interesse der Patienten zu ermöglichen, was nur möglich ist, wenn die Personalstärke die volle Ausübung des klinischen Urteils ermöglicht.

Die Einrichtung solcher Quotienten lässt sich durch staatliche Politik und Kollektivverhandlungen erzielen, was für geprüfte KrankenpflegerInnen das fortschrittlichste, demokratischste und aktuell wirksamste Mittel zur Erlangung tatsächlichen Einflusses auf die Arbeitsbedingungen, die für die Erbringung von Pflegediensten im ausschließlichen Interesse der PatientInnen erforderlich sind, darstellt.

Bildung und Aktivismus sind von wesentlicher Bedeutung für die Erfüllung unserer Mission des Engagements für unsere PatientInnen – politische und wirtschaftliche Bildung ermöglicht es uns, Lösungen für die Unternehmensdominanz in unserer Gesellschaft zu finden; Aktivismus ist das Mittel zur Umsetzung dieser Lösungen.

Darüber hinaus haben wir aufgrund der signifikanten und zunehmenden Macht der globalen Wirtschaftsinteressen den Kampf aufgenommen, um unsere Arbeits- und Pflegebedingungen selbst in die Hand zu nehmen, um unsere PatientInnen zu schützen. Dabei erfordert die öffentliche Gesundheit, dass wir gleichgesinnte Verbündete (Organisationen wie Einzelpersonen) in der Gesundheitsbranche und allen Branchen insgesamt suchen; da Solidarität die Quelle unserer Macht in unserem Kampf gegen globale Unternehmensmacht ist, streben wir den Schulterschluss mit gleichgesinnten Organisationen, ungeachtet interner Unterschiede, ohne jegliche Diskriminierung auf Grundlage von ethnischer Herkunft, Hautfarbe, nationaler Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Religion oder politischer Weltanschauung, an.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 11)**

### **Revision der Steuersysteme zur angemessenen Finanzierung der öffentlichen Dienste**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

#### **STELLT FOLGENDES FEST:**

- 1. Da** viele Länder bei den öffentlichen Diensten erhebliche Haushaltskürzungen infolge von Einnahmedefiziten aufgrund der globalen Finanzkrise seit 2007 vorgenommen haben;
- 2. Da** die für die öffentlichen Dienste vorgesehenen Haushaltsmittel aufgrund erheblicher finanzieller Schwierigkeiten in zahlreichen Ländern gekürzt wurden, um die Schäden für die Volkswirtschaften durch das verschwenderische Gebaren von Handelsbanken und Finanzinstitutionen zu beheben;
- 3. Da** die Internationale der Öffentlichen Dienste für einen Ausbau der Regulierung der weltweiten Finanzmärkte plädiert; fordert, dass die Zusicherungen von nationalen Regierungen, die öffentlichen Dienste vor den Auswirkungen solcher Finanzkrisen zu schützen, eingehalten werden; die intensiven weltweiten Anstrengungen zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele unterstützt;
- 4. Da** die öffentlichen Dienste in den Menschenrechten, der Rechtsstaatlichkeit und sozialen Solidarität ihren Ursprung haben; und da dementsprechend eine ausreichende und kontinuierliche Finanzierung erforderlich ist, um sie angemessen zu erbringen;
- 5. Da** die öffentlichen Dienste zu den wichtigsten Faktoren für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaften gehören, da sie die bestmöglichen Dienstleistungen für die größtmögliche Anzahl von NutzerInnen zugänglich machen und eine zentrale Rolle bei der Umverteilung von Vermögen spielen;
- 6. Da** Einkommen in enormer Höhe dank Steueroasen und dem Ausweichen in Offshore-Steuerhoheiten jegliche Art von Besteuerung umgehen und damit Nationalstaaten die Einnahmen vorenthalten, die für eine angemessene Finanzierung der öffentlichen Dienste erforderlich sind;
- 7. Da** der schädliche Steuerwettbewerb durch gewisse Staaten bzw. Steuerhoheiten in Bezug auf Steueranreize eine Schlüsselrolle für die Minderung der Einnahmen spielt, die diese Staaten dann zur Finanzierung der öffentlichen Dienste einsetzen können;

#### **8. In Anbetracht**

der Tatsache, dass Unternehmen umfassend von den bereitgestellten öffentlichen Diensten profitieren, um ihre Geschäfte zu führen und Gewinne zu erzielen;

#### **9. Bedauert,**

dass zahlreiche Steuermaßnahmen, die in den meisten Ländern in den letzten 30 Jahren eingeführt wurden, zu einem markanten Rückgang beim Unternehmensbeitrag zu den Staatseinnahmen und damit zur Finanzierung der öffentlichen Dienste geführt haben;

#### **10. Bedauert**

dass die bedeutendste Einzelursache der Vermeidung von Unternehmensbesteuerung im so genannten Transfer-Pricing (Verrechnungspreisgestaltung) besteht.

#### **11. Fordert**

eine Buchführung auf „Land-für-Land“-Basis, die die Aktivitäten der Unternehmen in Steuerparadiesen zutage treten lassen und Vergleichsdaten für Arbeitsbedingungen weltweit liefern würde.

#### **EMPFIEHLT, dass der Vorstand und die Mitgliedsorganisationen**

- A) fordern, dass die bilateralen und multilateralen Abkommen, die Möglichkeiten für die Nutzung von Steueroasen zur Umgehung von Steuerzahlungen schaffen, aufgehoben werden; und dass

- Druck auf Regierungen, öffentliche Körperschaften und internationale Institutionen ausgeübt wird, um dem Phänomen des schädlichen Steuerwettbewerbs – bevorzugte steuerliche Behandlung bzw. Steuerstatus, Ausweichen in Offshore-Steuerhoheiten etc. – ein Ende zu setzen und damit die finanziellen Ressourcen zu erhöhen, die für hochwertige öffentliche Dienste erforderlich sind;
- B) fordern, dass Steuermaßnahmen je nach Kontext des jeweiligen Staats eingeführt oder aufgehoben werden, um sicherzustellen, dass der Unternehmensbeitrag zu den Staatseinnahmen gesteigert wird, um wieder ein ausgewogeneres Gleichgewicht zwischen den Steuerzahlungen von Privatpersonen und von Unternehmen zugunsten der Finanzierung von öffentlichen Diensten zu schaffen;
- C) Vereinbarungen über den Austausch von Steuerinformationen mit allen ermittelten geheimniskrämerischen Steuerhoheiten fordern, sodass diese gezwungen werden, ihre Standards beim Informationsaustausch anzuheben;
- D) fordern, dass die Europäische Union, der *International Accounting Standards Board*, die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Börsen sämtlich verlangen, dass multinationale Unternehmen ihre Buchführung auf „Land-für-Land“-Basis durchführen, sodass bekannt ist, wie viel Gewinne erzielt und Steuern in jedem Land mit Unternehmensteilen bezahlt wurden.

**ENTSCHLIESSUNG Nr. 12)**  
**Bildung und Mobilisierung von ArbeitnehmerInnen und der Öffentlichkeit  
zugunsten fairer Steuersysteme zur Finanzierung  
hochwertiger öffentlicher Dienste**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**STELLT FOLGENDES FEST:**

Hochwertige öffentliche Dienste sind unerlässlich für das Gemeinwohl, die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft und die Entwicklung der Demokratie. Forschungsarbeiten belegen, dass die Höhe der öffentlichen Ausgaben einen starken Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum und dem Nutzen für die Gesellschaft aufweist. De facto besteht eine direkte Korrelation zwischen öffentlichen Ausgaben und Wirtschaftswachstum sowie sozialem Fortschritt. Es ist unsere Aufgabe, unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit über diesen Zusammenhang aufzuklären und Maßnahmen zur Unterstützung von Politiken zu ergreifen, die die Finanzierung für hochwertige öffentliche Dienste verbessern.

David Hall, Forschungsdirektor an der University of Greenwich in London, belegte, dass Nationen mit höheren öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Dienste besser in der Lage sind, Wachstum für ihre Wirtschaft zu generieren und die Bedürfnisse ihrer Bürger zu erfüllen. Die stabile Finanzierung solcher Arten von Investitionen erfordert jedoch ein faires und gerechtes Steuersystem, das langfristig konstante Einnahmen bereitstellt. Die Finanztransaktionssteuer, als geringfügige Steuer auf internationale Währungs-, Aktien-, Anleihen-, Derivate- und verzinsliche Wertpapiergeschäfte, hat die Verlässlichkeit des Steuersystems verbessert und es fairer und gerechter für alle Bürger gemacht.

ArbeitnehmerInnen, die Öffentlichkeit allgemein und die Entscheidungsfinder müssen sich bewusst sein, dass ein Sparzwang in solch schwierigen Zeiten direkt in die Katastrophe, d.h. in weitere Rezession und Konjunkturtiefs führt. Wir können Fortschritte in Richtung einer besseren Wirtschaft machen, wenn wir unsere Mitglieder aufklären und die Öffentlichkeit zu Themen mobilisieren, die eine bessere Steuerpolitik und eine verbesserte Finanzierung für hochwertige öffentliche Dienste unterstützen.

- Da** höhere Investitionen in die öffentlichen Dienste die hochwertigen Dienstleistungen schaffen können, die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Bürger gleichermaßen brauchen; und
- Da** öffentliche Finanzierung von wesentlicher Bedeutung für gute Verkehrssysteme, Stromversorgung und Wasserqualität sowie für Dienste wie das Gesundheits- und Bildungswesen ist, die für eine ordnungsgemäß funktionierende moderne Wirtschaft erforderlich sind; und
- Da** Volkswirtschaften, die Ungleichheit und Armut fortbestehen lassen, dazu tendieren, die Steuereinnahmen einzuschränken, die für die Aufrechterhaltung von öffentlichen Diensten nötig sind, und damit die wirtschaftliche Entwicklung für die gesamte Volkswirtschaft einschränken. Da umgekehrt Nationen mit progressiven Steuerpolitiken tendenziell einen Zyklus wirtschaftlichen Wachstums in Gang halten und dadurch höhere Steuereinnahmen für nachhaltige Investitionen in hochwertige öffentliche Dienste zugunsten der Gesellschaft generieren. Da hochwertige öffentliche Dienste zudem denjenigen zugute kommen können, die am unteren Ende der Wirtschaft stehen, und einen Beitrag zu größerer Gerechtigkeit und größeren Chancen für alle leisten; und
- Da** private Finanzinstitutionen in den letzten Jahren Marktmanipulationen und verbraucherfeindliche Praktiken an den Tag gelegt haben, die eine Bedrohung für Volkswirtschaften auf der ganzen Welt darstellen. Da diese Praktiken ungezügelter Marktfluktuationen hervorgerufen haben, die Volkswirtschaften, Nationen, Gemeinschaften und Arbeitnehmer

rInnen verheerenden Schaden zugefügt haben. Da diese Volatilität die Herausbildung von Blasen in der Wirtschaft ermöglicht hat, die mit zunehmender Häufigkeit platzen und am Gefüge unserer Gesellschaft zerren; und

**Da** Staatsausgaben in Infrastruktur, Dienstleistungen und Arbeitsplatzprogramme unser wirksamstes Instrument im Umgang mit der Marktvolatilität sein können. Da auch Staatsausgaben im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die wirksame Erfüllung der Bedürfnisse von stark rezessionsgeschädigten Nationen sehr viel erfolgreicher sind als das Warten auf Hilfe von privaten Finanzinstitutionen; und

**Da** die Kluft zwischen den festgesetzten und tatsächlich eingetribenen Steuern häufig aufgrund weitverbreiteter Steuervermeidung und -flucht extrem breit ist. Da manche Länder die fälligen Steuern schlicht und einfach nicht eintreiben. Da dies das Ergebnis von illegaler Steuerflucht, einer Kultur der Nichteinhaltung oder von ineffizienten und unterfinanzierten Steuerbehörden sein kann. Da eine solche Kultur in jedem Fall eine negative Botschaft an alle BürgerInnen aussendet, die Legitimität der Regierung und das Steuersystem, mit dem staatliche Dienstleistungen finanziert werden, untergräbt; und

**Da** „arbeitsplätze-schaffende“ öffentliche Investitionen allzu häufig über Steuersubventionen an Unternehmen gehen, zu denen keine Folgeüberwachung stattfindet, und die von solchen öffentlichen Ausgaben profitierenden Unternehmen schlussendlich keine Rechenschaft über die im Gegenzug zu diesen Investitionen versprochenen neuen Arbeitsplätze ablegen müssen; und

**Da** öffentliche Investitionen in Infrastruktur und staatliche Dienstleistungen auch einen außergewöhnlichen Nutzen für die wohlhabendsten Unternehmen und Einzelpersonen in unserer Gesellschaft liefern. Da dieselben Konzerne, Unternehmen und Einzelpersonen im Endeffekt allerdings häufig Steuersätze zahlen, die weit unter ihrem gerechten Anteil liegen. Da das Ergebnis ist, dass die Bezieher geringerer Einkommen einen größeren Anteil an der Gesamtsteuerlast tragen, um die Dienstleistungen für die Gesellschaft aufrechtzuerhalten; und

**Da** Regierungen faire, gerechte und progressive Steuerstrukturen schaffen müssen, die langfristig die erforderlichen Ressourcen für ordnungsgemäße Investitionen in hochwertige öffentliche Dienste gewährleisten können:

**BESCHLIESST** der Weltkongress der PSI, dass die Internationale der Öffentlichen Dienste die Umsetzung von Steuerpolitiken, die für größere Fairness, Gleichheit und Progressivität sorgen, aktiv fördern wird, um die Finanzierung für hochwertige öffentliche Dienste zu verbessern. Solche Politiken sind erforderlich, um die Volatilität, die in der Wirtschaft weltweit konstant an der Tagesordnung ist, einzudämmen; und

**BESCHLIESST** der Weltkongress der PSI, dass die Internationale der Öffentlichen Dienste die Annahme von Finanztransaktionssteuern als Mittel zur Umsetzung eines faireren, gerechteren und verlässlicheren Steuersystems aktiv fördern wird. Die Annahme eines solchen Systems wird die Einnahmensituation verbessern und einen Beitrag zur Bewältigung der Marktvolatilität leisten; und

**BESCHLIESST** der Weltkongress der PSI, dass die Internationale der Öffentlichen Dienste mit ihren Mitgliedsgewerkschaften weltweit und mit anderen internationalen Branchengewerkschaften zusammenarbeiten wird, um ArbeitnehmerInnen, GewerkschaftsführerInnen sowie die Gesellschaft und politische Führungspersonen über die Notwendigkeit von Steuer- und Einnahmenreformen zugunsten hochwertiger öffentlicher Dienste aufzuklären. Diese Aufklärung kann Menschen auf jeder Verwaltungsebene zum Handeln veranlassen und die notwendigen politischen Veränderungen zugunsten der öffentlichen Dienste zeitigen. Zusammen können wir die Öffentlichkeit zur Unterstützung der Veränderungen, Reformen und neuen Ausrichtungen, die eine bessere Wirtschaft zugunsten des Gemeinwohls herbeiführen werden, mobilisieren.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 13) Steuerpolitik**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FOLGENDES FEST:**

Zu einer Zeit, in der die Wirtschafts- und Finanzkrise sich verschärft, ist ein gerechtes und umverteilendes Steuersystem nötiger als je zuvor.

Eine solidarische Gesellschaft erfordert ein Steuersystem, das es ihr ermöglicht, die Mittel zu erlangen, die für die Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse dank effizienter öffentlicher Dienste erforderlich sind.

Das Steuerdumping, das von den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen gepredigt wird, verleitet die Regierungen zur Senkung der Steuern zugunsten der Vermögendsten und der multinationalen Unternehmen.

Die öffentlichen Dienste und die kollektive soziale Sicherung wurden abgebaut, die soziale Ausgrenzung hat zugenommen und stellt eine Bedrohung für die Demokratie dar.

Aus diesem Grund fordern die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften eine wirklich soziale und umverteilende Steuerpolitik:

- Die Einkommenssteuer muss wieder zum zentralen Instrument der Steuerpolitik werden, indem ihre Progressivität, die Gewähr für die Korrektur von Ungleichheiten leistet, ausgebaut wird,
- Eine starke Reduzierung der indirekten Steuern, unter anderem der Verbrauchssteuern, die Ungerechtigkeiten für die niedrigsten Einkommen schaffen;
- Die Beendigung der umgekehrten Umverteilung, welche die Kapitaleinkommen schützt und begünstigt;
- Eine stärkere Besteuerung der Unternehmensgewinne und insbesondere derjenigen, die nicht wieder investiert werden;
- Eine tatsächliche ausgewogene Umverteilung der Steuern zwischen kleinen und multinationalen Unternehmen;
- Die Besteuerung der Finanztransaktionen, die beträchtliche Einnahmen generieren würde;
- Den Kampf gegen Steuerbetrug, der die Staaten um bedeutende Einnahmen bringt und zu einer wirklichen Priorität erhoben werden muss. Den Steuerparadiesen und der Undurchsichtigkeit des Bankensystems muss ein Ende gesetzt werden.

Eine neue und bessere Steuerpolitik ist unumgänglich, um den öffentlichen und sozialen Bedürfnissen der BürgerInnen und der ArbeitnehmerInnen angemessen gerecht zu werden.

**Die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften fordern eine gerechte Besteuerung zugunsten nachhaltiger und hochwertiger öffentlicher Dienste, die Faktoren von Solidarität und sozialem Fortschritt sind.**

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 14)** **Globaler Gegenangriff gegen Sparpolitiken**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FOLGENDES FEST:**

Auf der ganzen Welt versuchen viele Regierungen, die anhaltende Wirtschaftskrise und die dadurch verursachten hohen Fehlbeträge bei den Staatseinnahmen, die ihre grundlegenden öffentlichen Dienste beeinträchtigen, anzugehen. Manche Regierungen verhängen rigide Sparprogramme, während andere Regierungen der Auffassung sind, dass solche Programme nicht nur grausam und ungerecht sind; sondern auch einfach keine langfristige Lösung für die Finanzkrise bieten. Eine Lösung für diese Krise ist die Einführung einer ROBIN-HOOD-STEUER auf Spekulationsgeschäfte. Diese Steuer könnte Gesamteinnahmen von Hunderten Milliarden Dollar (US) jährlich generieren, eine kritische Gegenkraft zu Sparhaushalten, die im Namen der Staatsfinanzkrise umgesetzt werden.

Die Krise hatte entsetzliche Folgen, und es ist kein Ende in Sicht.

Von Athen, wo geschlossene Läden einen wortwörtlichen Hintergrund zur wachsenden Zahl der Obdachlosen bilden, über die arbeitslosen jungen SpanierInnen, die mittlerweile fast die Hälfte ihrer Altersklasse ausmachen, über die Vereinigten Staaten, wo die öffentliche Infrastrukturentwicklung quasi zum Erliegen gekommen sind, bis hin zu Massenentlassungen von öffentlichen Bediensteten über alle Bereiche – unter anderem im Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen – in allen Ländern, wurde keine Nation verschont. Entlassungen, Einschnitte in Rentenpläne, radikal gekürzte Sozialleistungen und sinkende Bildungsmöglichkeiten für Kinder und junge Leute vereinen sich zu einem Schreckgespenst des tatsächlichen und drohenden Niedergangs gigantischen Ausmaßes.

Die Robin-Hood-Steuer bietet die Möglichkeit, den Umschwung in einem Jahrhundert zu schaffen, dessen erstes Jahrzehnt einen entsetzlichen Angriff auf Gleichberechtigung und die Gemeinschaften erlebt hat. Viele sehen nun, dass entgegengesetzte Politiken niedriger Einkommen und Sparmaßnahmen zu Not und noch größerem Niedergang führen, und das mit heiklen politischen Konsequenzen.

Der Ruf nach einer globalen Robin-Hood-Steuer erfolgt zu einer Zeit, zu der Ressourcen von kritischer Bedeutung zurückgehalten werden – die Profite von Finanz- und sonstigen Unternehmen, die in die Tresore der Unternehmen abgezweigt werden. Alleine in den Vereinigten Staaten beläuft sich dieser Betrag auf \$3,6 Billionen – 23 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Landes. Trotz dieser vorher nie dagewesenen Geldmengen hinken Investitionen in die Gesellschaft hinterher, mit niedrigem bis quasi inexistentem Wachstum.

Das Wachstum im Finanzsektor unserer Nationen geht rasant weiter, und die „Finanzialisierung“ übernimmt einen immer höheren Anteil am BIP. Eine auffallend abwesende Größe im Finanzwachstum ist jedoch das Wachstum bei den Arbeitsplätzen im Sektor. Und der Sektor leistet auch keine adäquaten Steuereinnahmen an die Regierung, da er – vollständig oder teilweise – von der Umsatzsteuer befreit ist.

Es ist nun schon lange überfällig, dass der Finanzsektor eine faire Umsatzsteuer auf seine Transaktionen entrichtet. Es wurde wiederholt das Argument vorgebracht, dass die arbeitende Bevölkerung Umsatzsteuer auf Schuhe, Schulmaterial und Computer bezahlt, während Finanzspekulanten keine Steuer auf Aktien-, Anleihen-, Derivate- oder Währungsgeschäfte zahlen. Spekulation wird nicht mit einer angemessenen Umsatzsteuer belegt, und gleichzeitig erleben Spekulationsgeschäfte ein rapides Wachstum. Während der Anteil des Finanzsektors an der wirtschaftlichen Aktivität in der Weltwirtschaft wächst, rangiert sein Beitrag zu den Gesellschaften, in denen er tätig ist, zwischen vernachlässigbar und gleich Null.

Die Robin-Hood-Steuer strebt die Einbeziehung von Aktien-, Anleihen-, Derivate- und Währungsgeschäften in unsere jeweiligen Steuersysteme an, mit der spezifischen Absicht, den Hochfrequenzhandel zu besteuern.



Auf den Hochfrequenzhandel entfielen 2010 mehr als 70% des Aktienhandels in den Vereinigten Staaten, und in Europa und Asien wuchs er ebenfalls rasch.

Die Robin-Hood-Steuer muss zuallererst von den Hauptkäufern/-verkäufern von Finanzaktiva bezahlt werden. Die geschätzten 85% besteuerbare Geschäfte werden durch Banken und andere Finanzinstitutionen wie Hedge Funds durchgeführt. Sie würde mehrere Auswirkungen haben:

1. Eine sofortige und erhebliche Geldspritze aus Steuereinnahmen in die Volkswirtschaften zur Erfüllung der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung durch die Stärkung des öffentlichen Dienstes mit Beschäftigungssicherung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Rentensicherung, Stabilität der sozialen Dienste und umfassendem Wachstum. Wir anerkennen, dass der Zweck der Einnahmen aus der Robin-Hood-Steuer – Gemeinschaften neues Leben einzuhauchen – unterhöhlt würde, wenn solche Mittel kurzfristig in die Reduzierung der Staatsschulden gelenkt würden.

Im Hinblick auf das Ziel angemessener Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst, der vorrangigen Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Erhalt und der Einrichtung von Schulen, Gesundheitsversorgung, Verkehrswesen und anderen öffentlichen Diensten, die wesentlich für das soziale Wohlergehen sind, wird der Ruf an das private Kapital, die Billionen Dollar, die jetzt zurückgehalten werden, zu investieren, laut und deutlich erschallen. Diese Billionen, angefeuert durch den jährlichen Einnahmanstieg aus der Robin-Hood-Steuer, sind wesentlich für tatsächliches Wachstum und nachhaltige Gesundheit und Wohlergehen von Gemeinschaften in allen Ländern weltweit.

2. Eine Umsatzsteuer auf Spekulationsgeschäfte wird die Spekulation, deren Kosten auf die Preise von so wesentlichen Gütern wie Treibstoff und Nahrungsmittel aufgeschlagen werden, insgesamt reduzieren. Große und wachsende Teile der Bevölkerung in den betroffenen Ländern und viele andere sind nicht mehr in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, da die Preise die Reallöhne der Mehrheit der Bevölkerung überholt haben. Die Eliminierung der handelsspezifischen Kosten ist eine Schlüsselkomponente eines jeden Plans, der darauf abzielt, den Gemeinschaften in extremer wirtschaftlicher Not schnelle und dauerhafte Linderung zu bringen.
3. Viele Wirtschaftsspezialisten machen geltend, dass der Hochfrequenzhandel zerstörerisch wirkt und riskant ist und Liquidität eher untergräbt als sie zu steigern, wenn sie gebraucht wird. Sie bringen vor, dass die Regulierung und Reduzierung solcher Transaktionen ein Schlüsselement für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum sind.
4. Eine Robin-Hood-Steuer könnte in gewissem Maß eine rückschrittliche Besteuerung (wie die Mehrwertsteuer) kompensieren, damit einen größeren Anteil an Haushaltseinkommen verfügbar machen und einen Anstieg der Gesamtnachfrage ermöglichen.

Eine unter vielen Ländern koordinierte Robin-Hood-Steuer leistet einen Beitrag zur Standardisierung der Geschäfte, zu ihrer angemessenen Besteuerung und bringt die Länder der Welt näher an das Ziel der größeren wirtschaftlichen Kooperation insgesamt. Sie würde als zündendes Element in einem Bereich wirken, der ansonsten durch Hyperwettbewerb und Substanzverlust bei der Finanzierung des öffentlichen Diensts gekennzeichnet ist — wobei eine solche Finanzierung das Rückgrat eines menschenwürdigen Lebensstandards für die große Mehrheit der Gesellschaften auf der Welt darstellt.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste bekräftigt nochmals ihre feste Unterstützung der Kampagne für eine Robin-Hood-Steuer und wird die erforderlichen Ressourcen einsetzen, um ihre weltweite Einführung anzustreben.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 15)** **Gegen die Straflosigkeit in Guatemala**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, 27.-30. November 2012,**

### **IN FESTSTELLUNG,**

und dies in tiefer Sorge, dass in Guatemala eine alarmierende Zunahme extremer Gewalt gegen GewerkschafterInnen und soziale Bewegungen in den letzten Jahren zu beobachten ist; und

### **VOLLER ENTÄUSCHUNG**

über die geringen Fortschritte der Behörden dieses Landes bei der Aufklärung von Morden an GewerkschafterInnen und an AnführerInnen der Landbevölkerung und von Gemeinschaften durch die Hände von Unbekannten;

### **IN UNTERSTÜTZUNG**

der Anklagen der internationalen Gewerkschaften, die über den IGB und die GUFs gegen die Regierung der Republik Guatemala und ihr Justizsystem vorgebracht wurden;

### **UNTER BERÜCKSICHTIGUNG**

der bestehenden Probleme der Straflosigkeit und der Geringachtung des Rechts auf Leben sowie auf der Vereinigungsfreiheit und des Kollektivverhandlungsrechts;

### **ENTRÜSTET**

über die Morde an mehr als 20 GewerkschafterInnen aus dem Gesundheitswesen in den letzten drei Jahren, die in der Mehrheit der Gewerkschaft *Sindicato Nacional de la Salud de Guatemala* (SNTSG) angehörten;

### **FORDERT**

die Regierung Guatemalas auf, eine größere Schnelligkeit bei den strafrechtlichen Ermittlungen an den Tag zu legen, damit die tatsächlichen und geistigen Urheber solcher Morde gefunden und gleichzeitig gemäß dem Strafrecht streng bestraft werden;

### **FORDERT EBENFALLS**

die umfassende Gewähr für die Vereinigungsfreiheit in Guatemala, die Anerkennung und Förderung des Kollektivverhandlungsrechts für alle ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst, das Ende der gewerkschaftsfeindlichen Gewalt und der Straflosigkeit von Verbrechen gegen GewerkschafterInnen; und

### **APPELLIERT SCHLUSSENDLICH**

an die Delegierten dieses 29. Weltkongresses, eine Kopie dieser EntschlieÙung an die in ihren Ländern akkreditierten Botschaften der Republik Guatemala zu senden.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 16)** **Gegen die Reform des Arbeitsrechts in Mexiko**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**IN KENNTNIS** der international geäußerten Kritik der Mexikanischen Gewerkschaft der Beschäftigten des mexikanischen Bundesdistrikts (*Sindicato Único de Trabajadores del Gobierno del Distrito Federal de la República de los Estados Unidos Mexicanos*) an der Annahme des im März 2011 vorgelegten Gesetzesentwurfs zur Reform des Arbeitsrechts, der die Rechte von Millionen von ArbeitnehmerInnen beschränken und damit auch das Wohlergehen ihrer Familien beeinträchtigen würde; und

**BESORGT DARÜBER**, dass ein ausgewogener Arbeitsmarkt offensichtlich nicht mehr als wichtig angesehen wird und dafür informelle Beschäftigung und eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit als akzeptabel angesehen werden; und dass Flexibilität entsprechend den Anforderungen der Produktion ebenfalls die Art der Beschäftigung und der industriellen Arbeitsbeziehungen verändert hat und es deshalb zu einem Anstieg von prekärer Arbeit, Zeitarbeit und der Auslagerung von öffentlichen Diensten gekommen ist, woraus sich ebenfalls die verstärkte Migration von Arbeitssuchenden erklärt;

**BEDAUERT**, dass diese sogenannten Reformen, wie sie auch in anderen Ländern durchgeführt wurden, zu einer Deregulierung und zu einer Flexibilisierung von Arbeitsnormen geführt haben, die die Entlassung von ArbeitnehmerInnen ohne nennenswerte Folgekosten ermöglichen, Löhne prekarisieren, zu Steuererhöhungen führen, die formelle Arbeit zurückdrängen und Systeme der Altersversorgung und der sozialen Sicherheit demontieren;

**IST SICH KLAR DARÜBER**, dass der Umfang und das Tempo des technischen Wandels radikale Auswirkungen in allen Sektoren der Wirtschaft und in allen Weltregionen haben und dass sich deshalb die Welt der Arbeit und die der Unternehmen geändert hat. Outsourcing führt aber nur zu einer stärkeren Kontrolle der ArbeitnehmerInnen, zu Lohnkürzungen und zu mehr Entlassungen;

**UNTERSTÜTZT** die Erfüllung der Bestimmungen der mexikanischen Verfassung und besonders die in den Artikeln 1, 5 und 123 in beiden Abschnitten enthaltenen Grundsätze, die von Anfang an nicht befolgt wurden. Falls diese neue Reform verabschiedet wird, wird sie die Arbeits- und Sozialrechte aller ArbeitnehmerInnen bedrohen, bisher erkämpfte Rechte abschaffen und zu einem Verstoß gegen die von Mexiko ratifizierten IAO-Übereinkommen führen. Auch wir sind der Meinung, dass Korrekturen erforderlich sind, aber nur, wenn sie die Situation der ArbeitnehmerInnen verbessern und nicht verschlechtern;

**FORDERT** die PSI auf, die Aktionen der PSI-Mitglieder in Mexiko zu unterstützen und mit öffentlichkeitswirksamen internationalen Maßnahmen zu verhindern, dass der Gesetzesentwurf für die Reform des Arbeitsrechts in Mexiko angenommen wird.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 17)** **Verteidigung menschenwürdiger Arbeit und Sicherstellung hochwertiger öffentlicher Dienste**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**STELLT FEST**, dass die öffentlichen Dienste von Guyana seit der Kolonialzeit als Berufsbeamten-/beschäftigtendienst mit dauerhaft ruhegehaltsberechtigten Stellen funktionieren und die Kommission für den Öffentlichen Dienst (*Public Service Commission - PSC*) für die Ernennung von Personen auf diese Posten zuständig ist;

Dass die Regierung von Guyana seit ihrer Amtsübernahme 1992 die Unabhängigkeit der PSC durch Weisungen an die Kommission betreffend den Zeitpunkt für die Besetzung von freien Stellen und gelegentlich auch zur Person, die auf einen Posten ernannt werden soll, untergraben hat; und

Dass die GPSU die Regierung aufgefordert hat, dieses Vorgehen einzustellen;

Doch dass die Regierung diese Praxis fortsetzt;

### **IN ANERKENNUNG**

Ihrer Auswirkungen für öffentliche Bedienstete und die Glaubwürdigkeit des öffentlichen Diensts verklagte die GPSU die Regierung wegen dieser unrechtmäßigen Praxis, die nach Anhörung des Falls vom Gericht für verfassungswidrig erklärt wurde;

### **IN FESTSTELLUNG,**

Dass die Regierung die Praxis fortsetzte, weshalb die Gewerkschaft sie darauf hinwies, dass sie dem Gerichtsbeschluss zuwider handele, und sie aufforderte, dies zu unterlassen;

### **IN ANERKENNUNG,**

Dass die Regierung von Guyana zwar aufgehört hat, der PSC Weisungen zu erteilen, gleichzeitig aber willkürlich Personen mit Jahresverträgen auf solche Posten berufen hat, und das für Beschäftigungszeiträume, die mit den Maßnahmen der PSC zur Besetzung dieser Posten kollidieren;

### **IN FESTSTELLUNG,**

Dass die Regierung ebenfalls Einschüchterungsversuche unternommen hat, wonach Personen, die sich der Gewerkschaft anschließen, damit ihre Vertragsverlängerung gefährden.

Dass diese Ernennungen Beförderungschancen und Aufstiegsmobilität von dauerhaft auf rentenberechtigten Posten beschäftigten Personen im öffentlichen Dienst verhindern und damit Frustration auslösen und Viele zum Ausscheiden aus ihren Arbeitsverhältnissen veranlassen;

### **IN SORGE**

Dass die Regierung die Aufforderung, dieses Verhalten einzustellen und die Ungerechtigkeit ihres Handelns anzuerkennen, nicht wahrnimmt, ein Verhalten,

- i. welches zur Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte beiträgt, indem es die Karrierechancen der Beschäftigten beeinträchtigt;
- ii. welches die Beschäftigungssicherung aufhebt, womit die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse steigt; und wodurch
- iii. gleichzeitig die öffentlichen Dienste Guyanas politisiert werden, so dass ihre Integrität und Glaubwürdigkeit beeinträchtigt werden;

**APPELLIERT**

An alle PSI-Mitgliedsgewerkschaften zur Unterstützung der Bemühungen der GPSU im Hinblick auf die volle Wiederherstellung des Berufsbeamtenstatus, in dessen Rahmen die ArbeitnehmerInnen Beschäftigungssicherheit genießen und verpflichtet sind, der aktuellen Regierung treu zu dienen und die BürgerInnen Guyanas und alle anderen NutzerInnen des öffentlichen Dienstes ohne Angst oder Begünstigungen zu behandeln; und

**BEAUFTRAGT**

den Generalsekretär, die Sorgen des Kongresses an die Regierung von Guyana zu übermitteln.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 18)** **Unterstützung für eine weltweite Kampagne für Rechte bei der Deutschen Telekom**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FOLGENDES FEST:**

Als Teil lebenswichtiger Bestrebungen, die Macht und die Dichte von Gewerkschaften weltweit zu verstärken, haben sich der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und der Rat der Globalen Gewerkschaftsverbände, denen die PSI angehört, dazu entschlossen, ihre Mittel zur gezielten Unterstützung eines Modells zur Organisation weltweiter Kampagnen zur Verfügung zu stellen. Diese neue Initiative konzentriert die gemeinsame Unterstützung, Ressourcen und das Engagement der weltweiten Gewerkschaftsbewegung auf eine Kampagne zur Erringung des Rechts auf Tarifverhandlungen bei einem bestimmten multinationalen Konzern; sie soll als Pilotversuch dienen und die erste einer Reihe abgestimmter weltweiter Kampagnen sein.

Im Januar 2011 kamen VertreterInnen von globalen Gewerkschaftsverbänden, des IGB und nationaler Gewerkschaftsbünde aus der ganzen Welt zusammen und wählten die Deutsche Telekom als Schwerpunkt für ein neues globales Modell gewerkschaftlicher Organisation aus. Es ist dies zwar nicht die erste internationale Kampagne, doch ist hier zum ersten Mal die gesamte weltweite Gewerkschaftsbewegung zusammgekommen, um gemeinsam von einem multinationalen Unternehmen zu verlangen, Normen zur Achtung der ArbeitnehmerInnen und Grundsätze menschenwürdiger Arbeit in allen seinen Niederlassungen einzuhalten.

In ihren Ursprungsländern haben viele europäische multinationale Konzerne eine lange Tradition von Kollektivverhandlungen und sozialem Dialog mit ihren nationalen Gewerkschaften hinter sich, die in der Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte begründet ist. Diese Partnerschaften im Bereich der Verhandlungen waren zwar nicht konfliktfrei, haben jedoch zu produktiven und prosperierenden Unternehmen, einer wirtschaftlich stabilen Arbeitnehmerschaft und stärkeren Demokratien in den jeweiligen Ländern geführt.

Allerdings hat vor kurzem *Human Rights Watch* anhand von Beweisen festgestellt, dass diese Multinationale die besten Praktiken der Arbeitsbeziehungen nicht aus ihren Heimatländern in die Vereinigten Staaten oder andere Länder der Welt mitnehmen. Stattdessen nehmen sie die schlechtesten Praktiken ihrer Gastländer an: Missachtung der ArbeitnehmerInnen, gewerkschaftsfeindliche Taktiken, Ängstigung und Einschüchterung von ArbeitnehmerInnen, die sich beklagen, und Entlassungen und Vergeltungsmaßnahmen, wenn sie einer Gewerkschaft beitreten wollen. Statt im Bereich der Arbeitnehmerrechte eine „High Road“-Strategie anzuwenden und ein positives Beispiel zu setzen, passen sich diese Multinationale an das „Low Road“-Modell für Arbeitnehmerrechte an.

Genau dies tat das deutsche multinationale Unternehmen Deutsche Telekom, als es seine Tätigkeiten auf die Vereinigten Staaten ausdehnte. Die amerikanischen ArbeitnehmerInnen sind mit einem antigewerkschaftlichen Verhalten konfrontiert, das in Deutschland unerhört wäre; es ist Teil einer aggressiven und umfassenden „Gewerkschaftsvermeidungsstrategie“, in Übereinstimmung mit den Bemühungen der Deutschen Telekom, ein „gewerkschaftsfreies“ Umfeld zu erreichen. ArbeitnehmerInnen verdienen eine bessere Behandlung seitens eines Unternehmens, das in Deutschland erwiesenermaßen respektvolle Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen pflegt.

Aus diesem Grund haben sich *Communication Workers of America* und sein deutsches Gegenstück, ver.di, zusammengetan, um eine transnationale Gewerkschaft zu gründen, TU, die gemeinsam die Interessen der deutschen und amerikanischen ArbeitnehmerInnen vertritt. Diese Organisation hilft nun, die Arbeitnehmerschaft weltweit zu koordinieren. Deutsche Telekom beschäftigt schätzungsweise 250.000 ArbeitnehmerInnen in 35 Ländern.

In den letzten Jahren haben Tausende ver.di-Mitglieder Unterstützung für die amerikanischen MitarbeiterInnen von T Mobile geleistet: sie demonstrierten bei der Jahresversammlung des Unternehmens, entsandten Delegationen in die USA, die sich mit ArbeitnehmerInnen an den für die gewerkschaftliche Organisation wichtigsten Standorten trafen, und untermauerten mit dem Motto „Wir erwarten etwas Besseres“ die Unterstützung aus Deutschland. Hunderte amerikanischer Beschäftigter von T Mobile sind TU beigetreten, und Gewerkschaftsführer haben mit KollegInnen von ver.di direkt oder auf Online-Foren gesprochen.

Die Modellkampagne für Arbeitnehmerrechte und –stimme bei der Deutschen Telekom strebt ein bisher nie dagewesenes Maß an internationaler Koordinierung und Kommunikation an, um den täglichen Kampf von ArbeitnehmerInnen für den Aufbau ihrer Gewerkschaften zu verstärken und ihre kollektiven Forderungen nach Achtung der Grundrechte und einem Weg zu menschenwürdiger Arbeit in allen möglichen Foren weiterzutragen. Eine weitere Untersuchung der Lage soll in Zukunft dazu beitragen, dass dieses globale Modell auch in anderen Sektoren angewandt werden kann.

#### **AUS DIESEM GRUND BESCHLIESST DER KONGRESS,**

- dass sich die PSI der weltweiten Gewerkschaftsbewegung anschließt, indem sie sich hinter diese weltweite Kampagne stellt, die es den Beschäftigten der Deutschen Telekom ermöglichen soll, ihre grundlegenden Arbeitsrechte und ein Mitspracherecht am Arbeitsplatz einzuklagen und für sich selbst und ihre Familien ein besseres Leben zu erwirken;
- dass die PSI Aktualisierungen zu dieser Kampagne auf ihre Website stellen und Mittel zur Verfügung stellen wird, die es den Mitgliedern gestatten sollen, die Kampagne über Strategien des öffentlichen Beschaffungswesen und Kapitalstrategien der Arbeitnehmer zu unterstützen; dies soll auch, wenn immer möglich, durch direktes Engagement und Verbraucherkampagnen erreicht werden;
- dass die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften die Solidarität des öffentlichen Sektors mit dieser Kampagne des privaten Sektors als ein Mittel zur Förderung der Einheit der Arbeitnehmerschaft in einer Zeit nie dagewesener Bedrohungen unter Beweis stellt;
- dass sich die PSI mit der Bitte an den IBG wenden soll, potentielle Ziele im öffentlichen Sektor zwecks künftiger gemeinsamer Kampagnen ausfindig zu machen; dabei sollen auch multinationale Unternehmen ausfindig gemacht werden, die dabei sind, öffentliche Dienste zu privatisieren.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 19)**

### **Verteidigung und Schutz der Arbeitnehmerrechte**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**BEKRÄFTIGT**, dass Arbeitnehmerrechte Menschenrechte sind;

**BEKRÄFTIGT EBENFALLS**, dass die Vereinigungsfreiheit, das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten, das Kollektivverhandlungs- und das Streikrecht in jeder demokratischen Gesellschaft garantiert, eingehalten und durchsetzbar sein muss;

**STELLT FEST**, dass diese Rechte in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und in der Kernarbeitsnorm der IAO, dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes festgeschrieben sind;

**STELLT FEST**, dass ein separates Übereinkommen, das IAO Übereinkommen Nr. 151 über Arbeitsbeziehungen (öffentlicher Dienst), 1978, erforderlich war, damit staatliche Bedienstete (ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst) in den Genuss dieser Rechte kommen, und dies wegen des speziellen Status ihres Arbeitgebers;

**ANERKENNT**, dass Demokratie, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Menschenrechte und harmonische Beziehungen nicht aufrechterhalten werden können und nicht florieren würden, wo Vereinigungsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung und Arbeitnehmerrechte unterdrückt, missbraucht und verwehrt werden und wo Verfechter der Gewerkschaftsrechte bedroht und eingeschüchtert werden und ernstem Risiko ausgesetzt sind;

**ANERKENNT WEITERHIN**, dass gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten und Maßnahmen die Demokratie, die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, die Entwicklung und das Wohlergehen von BürgerInnen untergraben und zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit beigetragen haben;

**STELLT FEST**, dass die Urheber solcher Verbrechen, wie der Verweigerung des Vereinigungsrechts, des Beitrittsrechts zu Gewerkschaften und des Kollektivverhandlungsrechts, auch jene zu Opfern von Diskriminierung und Gewalt gemacht haben, die mit Engagement und Entschlossenheit versuchten, ihre KollegInnen gegen Missbrauch und andere Formen von Gräueltaten zu verteidigen und sie zu vertreten;

**STELLT WEITERHIN FEST**, dass Diskriminierung, Einschüchterung, Entlassungen und andere Formen von Missbrauch und Gräueltaten gegen ArbeitnehmerInnen wegen ihres Engagements und ihrer Beteiligung an Gewerkschaftsaktivitäten nicht nur ihre Leben, sondern auch das ihrer Familien zerstört haben, wenn hilflose Kinder mittellos zurückbleiben, wenn ihre Zukunft und ihre Karriere in Stücke geschlagen und sogar ihre Gesundheit und ihr Leben gefährdet sind;

**DRÄNGT** alle PSI-Mitgliedsgewerkschaften, gemeinsam Schritte zu unternehmen, um zu verfechten, dass Gewerkschaftsrechte Menschenrechte sind, die international und national geachtet werden sollten.

**VEREINBART**, dass diejenigen, die Gewerkschaftsrechte verletzt haben, international angeprangert werden, indem Kriterien für ihre Ermittlung und Kategorisierung aufgestellt, eine internationale Website für die öffentliche Darstellung ihrer Person und der von ihnen gegen ArbeitnehmerInnen begangenen Verbrechen geschaffen wird und indem weitere wirksame Mittel und Wege zur Festlegung von Strafen für solche gewerkschaftsfeindlichen Gräueltaten und Verbrechen geprüft werden.



## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 20)**

### **Verletzung von Gewerkschaftsrechten durch die Regierung von Guyana**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**STELLT FEST**, dass die Kooperative Republik Guyanas ein Mitgliedstaat der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ist und 45 IAO-Übereinkommen, einschließlich Übereinkommen Nr. 87, 98 und 151, unterzeichnet hat;

Dass die GPSU eine Anerkennungsbescheinigung zur Vertretung von ArbeitnehmerInnen, die durch die Kommission für Öffentliche Dienste (*Public Service Commission - PSC*) angestellt werden, und Anerkennung für die Vertretung von ArbeitnehmerInnen mehrerer anderer halbautonomer staatlicher Behörden hat;

Dass die *Guyana Public Service Union* (GPSU) und ihre Mitglieder über Jahre hinweg zahlreiche Verletzungen ihrer Rechte betreffend die Sicherstellung, dass nationale Gesetze und IAO-Übereinkommen durch die Regierung Guyanas eingehalten werden, erfahren haben;

Dass die GPSU, mit Hilfe der Internationalen der Öffentlichen Dienste, im Jahr 2002 bei der IAO eine Klage gegen die Regierung von Guyana wegen Verletzungen der Gewerkschaftsrechte und Zuwiderhandlung gegen die Verpflichtungen gemäß IAO-Übereinkommen Nr. 151 über Arbeitsbeziehungen (öffentlicher Dienst), 1978, die unter der IAO-Fallnummer 2187 geführt wird, eingereicht hat;

Dass die Regierung von Guyana in Kooperation mit mehreren staatlichen Behörden absichtlich die Fortschritte der IAO-Ausschüsse beim Abschluss der Prüfung und bei der Erstellung von Schlussfolgerungen zur Klage behindert hat;

Dass infolgedessen die Prüfung der Klage im Ausschuss zu ruhen scheint;

#### **IN ANERKENNUNG,**

Dass die folgenden Verstöße und Missbräuche durch die Regierung von Guyana jedoch andauern:

- (i) Verweigerung des Rechts auf freie Kollektivverhandlungen und einseitige Festlegung von Gehaltserhöhungen und anderer Beschäftigungsbedingungen zwischen 2000 und 2011;
- (ii) Unterlassung der Umsetzung von Schiedsentscheidungen und Nichteinhaltung von rechtsverbindlichen Kollektivvereinbarungen;
- (iii) Behinderung der GPSU in ihrem Recht, ihre Mitglieder zu vertreten;
- (iv) Verfassungs- und gesetzeswidriges Verhalten, etwa bei der Unterlassung der Ernennung des Berufungsgerichts für den öffentlichen Dienst oder des Verfassungsorgans;
- (v) Verweigerung der Ernennung des GPSU-Vertreters in die PSC;
- (vi) Verletzung von Übereinkommen Nr. 151 im Hinblick auf die Einmischung in innere Angelegenheiten der GPSU und die Einschüchterung von Gewerkschaftsmitgliedern;

**APPELLIERT** an alle PSI-Mitgliedsgewerkschaften, sich mit der GPSU und den Bediensteten im öffentlichen Dienst von Guyana in ihrem Kampf für ihre Gewerkschaftsrechte gemäß IAO-Übereinkommen Nr. 151 über Arbeitsbeziehungen (öffentlicher Dienst), 1978, und gemäß der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit zu solidarisieren;

**APPELLIERT** an die Regierung von Guyana, ihre Verpflichtungen gemäß Übereinkommen Nr. 151, den Gesetzen Guyanas und der rechtsverbindlichen Kollektivvereinbarung zu erfüllen; und

**BEAUFTRAGT** den Generalsekretär, die IAO aufzufordern, ihre Prüfung des Falls Nr. 2187 unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen fortzusetzen und abzuschließen.

## ENTSCHLIESSUNG Nr. 21) Öffentliche Dienste

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **ERINNERT DARAN,**

dass die Verteidigung und Verbesserung der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen von BeamtInnen und Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Mittelpunkt der Forderungen der PSI stehen müssen.

Die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften kämpfen für die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der grundlegenden Rechte und gegen Sozialdumping und die Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen. Sie bestreiten und verurteilen die ultraliberale Wirtschaftslogik, ihr unsoziales Wesen und das Dogma des freien Wettbewerbs. Alle diese Elemente begünstigen und beschleunigen den Privatisierungsprozess der öffentlichen Dienste.

Die aktuelle Krise ist eine Krise des kapitalistischen Systems. Sie zeigt ganz klar das mangelnde Verantwortungsbewusstsein in der Finanzwelt, die grobe Nachlässigkeit und die fehlende Regulierung aufseiten der Staaten, die Millionen von ArbeitnehmerInnen zu Arbeitslosigkeit und Ruin verdammen.

Die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften verurteilen, dass die Regierungen den ArbeitnehmerInnen die Konsequenzen der Krise aufbürden wollen. Die Streichung von Arbeitsplätzen und die zerstörerischen Reformen greifen in den öffentlichen Diensten um sich. Deshalb sind der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten zu Variablen bei Haushaltsanpassungen im Hinblick auf die Beschäftigtenzahlen, Gehälter, Renten und Dienstorganisation geworden.

Für die Grundprinzipien des öffentlichen Dienstes und die Rechte seiner Beschäftigten bestehen schwerwiegende Bedrohungen und Gefahren. Der gleichberechtigte Zugang von BürgerInnen zu öffentlichen Diensten und die Neutralität des öffentlichen Dienstes werden in Frage gestellt.

Aus all diesen Gründen verurteilen die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften diese Politiken, die den Staat destrukturieren und den öffentlichen Dienst den Marktmächten preisgeben.

Seien diese Maßnahmen durch die Krise veranlasst oder nicht, die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften sind:

- Gegen die ‚Reformen‘, die von Regierungen auf Anweisung der internationalen Handels- und Finanzinstitutionen umgesetzt werden und zu einer Zerschlagung der öffentlichen Dienste und zu sozialem Rückschritt führen;
- Gegen jeden Versuch, die Forderungen nach drastischer Senkung der öffentlichen Ausgaben und öffentlichen Defizite durch Argumente der Wirtschafts- und Haushaltskonvergenz zu rechtfertigen.

Diesen für den öffentlichen Dienst zerstörerischen Politiken stellen die Mitgliedsgewerkschaften der PSI ihre Forderungen entgegen:

- Aufrechterhaltung und Ausbau von Beschäftigungs- und Karrieregarantien für BeamtInnen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst, um sie vor dem Druck von Interessengruppen zu schützen und ihre Neutralität bei der Ausübung ihrer Aufgaben zu wahren,
- Aufrechterhaltung und Förderung von nicht marktbeherrschten, hochwertigen und ALLEN zugänglichen öffentlichen Diensten, um die wirtschaftliche und soziale Solidarität zu stärken,
- Erhöhung der Gehälter, Verbesserung der Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz,
- Kampf gegen die Prekarität,
- Förderung der Gleichstellung im Berufsleben,
- Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung,

- Förderung des Zugangs von jungen ArbeitnehmerInnen zu nachhaltigen und hochwertigen öffentlichen Beschäftigungsverhältnissen,
- Einführung eines umverteilenden Steuersystems, das die angemessene Finanzierung der öffentlichen Dienste gewährleistet.

Für die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften werden die internationalen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation und die Verteidigung der Kollektivrechte weiterhin Prioritäten darstellen.

Solidarität, internationale Zusammenarbeit und Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen werden es ermöglichen, diese Kämpfe zu gewinnen.

## ENTSCHLIESSUNG Nr. 22) Handel

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

### BESCHLIESST,

- Sich gemeinsam mit anderen internationalen Branchengewerkschaften, Mitgliedsgewerkschaften und Verbündeten aus der Zivilgesellschaft gegen internationale Handelsabkommen zu wehren, die auf globaler Ebene die Finanzierung und Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gefährden;
- Gemeinsam mit anderen internationalen Branchengewerkschaften, Mitgliedsorganisationen und der Zivilgesellschaft Handelsabkommen mit Ländern zu bekämpfen, die systematisch Menschen- und Gewerkschaftsrechte verletzen;
- Mit internationalen Branchengewerkschaften, Mitgliedsgewerkschaften und Verbündeten aus der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, die gegen das in der Region Asien-Pazifik zurzeit ausgehandelte *Trans-Pacific Partnership Agreement* (TPP) sind;
- In besonderer Weise Gewerkschaften im globalen Süden zu unterstützen, die gegen das TPP und andere bilaterale und multilaterale Handelsabkommen Stellung beziehen;
- Mit europäischen Gewerkschaften, Verbündeten in der Zivilgesellschaft in Europa und fortschrittlichen Mitgliedern des Europäischen Parlaments gegen das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) vorzugehen.

### BEGRÜNDUNG:

- Internationale Handelsabkommen wie TPP und CETA werden zurzeit im Schnellverfahren und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit verhandelt;
- Diese Abkommen beeinträchtigen die Entscheidungsbefugnis lokaler Körperschaften und nationaler Regierungen und ebnen privaten Unternehmen den Zugriff auf öffentliche Dienste mit dem Ergebnis der Privatisierung existenzsichernder öffentlicher Dienste;
- Privatisierung ist gleichbedeutend mit einem Zugang zu öffentlichen Diensten, der nicht mehr nach dem Gleichheitsgrundsatz erfolgt - zum Schaden der am stärksten benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaften;
- Privatisierung und Profitdenken der Unternehmen führen zu einer Verteuerung der Erbringung öffentlicher Dienste und mindern die Qualität der erbrachten Leistungen;
- In zahlreichen Ländern weltweit ignorieren internationale Handelsabkommen Menschenrechtsverletzungen gegen Gewerkschaftsmitglieder, MenschenrechtsaktivistInnen und indigene Bevölkerungsgruppen; in vielen Fällen verschärfen sie sogar diese Übergriffe;
- Mit europäischen und kolumbianischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um das EU-Kolumbien Freihandelsabkommen wegen der schwerwiegenden Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Kolumbien und wegen der Bedrohung, welche dieses Abkommen für die öffentlichen Dienste im Land darstellt, zu bekämpfen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 23)** **Eine alternative Krisenpolitik**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FEST,**

dass es infolge der Wirtschaftskrise ein offensichtliches Risiko gibt, dass die Politik über extrem weitreichende Vorschläge entscheidet, die Einfluss auf die Fiskalpolitik und die Lohnfindung in einem Land nehmen und als Wachstumsbremse wirken. In immer mehr Ländern ist der Schwerpunkt der Politik viel zu einseitig auf die Schuldenkrise ausgerichtet, die eine der Folgen der Wirtschaftskrise ist.

Eine zu einseitige Fokussierung auf die Schuldenkrise führt zu einer verschärften Sparpolitik, die eine Verringerung der Staatsverschuldung durch Kürzungen des Sozialstaates, Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor erreichen will.

Die Schuldenkrise ist nicht einem angeblich zu großen öffentlichen Sektor und zu hohen Ausgaben für Sozialleistungen, Altenpflege, Kinderbetreuung, Bildung usw. anzulasten. Sie ist auch nicht zurückzuführen auf zu hohe Vergütungen oder Altersbezüge oder auf zu günstige Arbeitsbedingungen. Die Schuldenkrise ist das Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise und das Resultat der enormen Rettungspakete des Staates für Banken und Finanzinstitute.

### **STELLT WEITERHIN FEST,**

dass der Schwerpunkt von der Schuldenkrise auf ein nachhaltiges Wachstum und zu einer aktuellen und aktiven Politik verlagert werden muss, die sich den Herausforderungen stellt, die die Wirtschaftskrise für die Gesellschaften nach sich zieht.

Dem öffentlichen Sektor kommt hier weltweit die wichtigste Aufgabe zu – seinen BürgerInnen einen den höchsten Ansprüchen genügenden sicheren Sozialstaat zu bewahren.

Der öffentliche Sektor kann konjunkturelle Schwankungen durch seine stabilisierende Funktion ausgleichen. Der Erhalt von attraktiven und lohnenden Arbeitsplätzen und von Investitionsspielräumen im öffentlichen Sektor ist deshalb von größter Bedeutung.

### **STELLT WEITERHIN FEST,**

dass ein hohes Niveau der sozialen Absicherung durch die Dienstleistungen unserer Mitglieder zum Vorteil von BürgerInnen und Unternehmen in vielerlei Hinsicht eine Voraussetzung für sonstige soziale und unternehmerische Entwicklungen sind. Unabhängig von der Betrachtungsweise muss ein grundlegender Sozialschutz vorhanden sein, damit die Gesellschaft und die Wirtschaft eine solide Zukunftsbasis haben. Eine Sparpolitik mit drastischen Einschnitten bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialleistungen kann nicht die Antwort auf eine Wirtschaftskrise sein, sondern trägt nur zu einer Abwärtsspirale mit mehr Arbeitslosigkeit, mehr sozialen Unterschieden und Ungerechtigkeiten bei.

Die Alternative zu einer Sparpolitik sind Investitionen in den sozialen Bereich, in Infrastrukturen, in Bildung und in Forschung und in Arbeitsplätze. Wir stellen fest, dass diese Alternativen in anderen Teilen der Welt funktionieren, zum Beispiel in Brasilien, Südafrika und Australien. Das Ergebnis dieser Politik ist in diesen Ländern kein Negativwachstum oder geringes Wachstum, sondern mehr Arbeitsplätze, geringere soziale Unterschiede, weniger Ungerechtigkeit, weniger Armut und eine bessere soziale Absicherung.

### **STELLT WEITERHIN FEST,**

dass es von größter Bedeutung ist, dass das souveräne Recht jedes Staates, seine wirtschaftliche Entwicklung durch höhere Investitionen, verringerte Einkommensunterschiede und eine ambitioniertere soziale Absicherung zu kontrollieren, anerkannt wird, da diese Maßnahmen in wirtschaftlichen Krisenzeiten automatisch eine stabilisierende Wirkung haben und konjunkturelle Schwankungen ausgleichen können.

Gesellschaften, in denen es Demokratie, Rechtssicherheit und einen allgemein hohen Standard der sozialen Absicherung gibt, sind gegen die Auswirkungen von Wirtschaftskrisen besser gewappnet. Damit sich diese Gesellschaften weiterentwickeln können, ist es erforderlich, dass die Unternehmen, Institutionen und Personen, die soziale Dienstleistungen erbringen, sich des Vertrauens der Öffentlichkeit sicher sein können. Die BürgerInnen haben ein Recht darauf, ein hohes Maß an Kompetenz und Effektivität in einem Sozialstaat zu erwarten, der frei von Korruption ist. Dies wiederum erfordert die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen durch kompetente Leistungserbringer, die gute Löhne zahlen sowie sichere Arbeitsplätze und gute Beschäftigungsbedingungen bieten.

#### **STELLT WEITERHIN FEST,**

dass ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Arbeitslosigkeit in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession zu bekämpfen. Nur wenige PolitikerInnen haben den Mut, auf Aktionismus zu verzichten, wenn sich eine Krise abzeichnet. Es ist gängige Praxis, Steuern zu senken trotz der Tatsache, dass die wirkungsvollste Waffe gegen Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Abschwung höhere öffentliche Ausgaben und Investitionen sind.

Die Gewerkschaftsbewegung muss für ihre Mitglieder im öffentlichen Sektor eintreten und dafür sorgen, dass das Recht auf Lohnfindung, das Vereinigungsrecht und das Streikrecht nicht unter die Räder des politischen Krisenmanagements geraten. Als Gewerkschaftsorganisation für die Beschäftigten im öffentlichen Sektor müssen wir gemeinsam mit anderen Anspruchsgruppen eine alternative Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wachstum formulieren.

Das bedeutet kurzfristig eine aktive Politik für neue und bessere Arbeitsplätze, besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bessere berufliche Qualifikationen als Alternative zu Niedriglöhnen sowie qualitativ hochwertige soziale Dienstleistungen durch Investitionen in Infrastrukturen, Bildung, Forschung und ökologische Arbeitsplätze. Eine „grüne“ Neuausrichtung der Produktion und die Umstellung auf erneuerbare Energien werden nicht nur zu einer schnellen Verbesserung der Wirtschaft führen, sondern langfristig auch neue Wachstumsmöglichkeiten schaffen.

Langfristig müssen wir die strukturellen Herausforderungen bewältigen. Die öffentlichen Finanzen brauchen eine auf Solidarität und gerechter Verteilung beruhende Basis. Wir wollen ein gerechtes und progressives Steuersystem als Garantie für adäquate öffentliche Finanzen. Auf diese Weise erreichen wir eine nachhaltige Gesellschaft mit sozialer Absicherung und einer ausreichenden Altersversorgung für alle Menschen. Es sind nachhaltige Maßnahmen gegen Armut und soziale Unterschiede erforderlich. Wir müssen die Macht der Finanzmärkte brechen, indem wir zum Beispiel Großbanken und Finanzinstitutionen aufteilen, eine Finanztransaktionssteuer einsteuern und Kapital nicht mehr für spekulative Zwecke einsetzen, sondern für Investitionen in Innovationen, ökologische Arbeitsplätze und soziale Absicherung.

#### **ERMAHNT DIE PSI,**

ihre Kenntnisse und ihre Kompetenzen im Bereich der Wirtschaftspolitik zu vertiefen, einen Beitrag zur Wirtschaftsdiskussion auf globaler Ebene zu leisten, klare Alternativen zu formulieren und Arbeitshilfen zu entwickeln, damit nationale Gewerkschaften an der Debatte über die Wirtschaftspolitik teilnehmen und einen Beitrag leisten können; und Netzwerke zu gründen, die diese Initiativen unterstützen.

#### **ERMAHNT die Mitglieder,**

- einen korrigierenden Einfluss auf den in der Politik vorherrschenden Trend zu nehmen, Konjunkturschwankungen durch Einsparungen und Einschnitte im öffentlichen Sektor zu bekämpfen, und dagegen eine Wachstumspolitik mit einer erhöhten Nachfrage nach öffentlichen Diensten zu setzen;
- Umfassende und langfristige Infrastrukturinvestitionen in Kinderhorte, Vorschulen, Schulen, öffentliche Gebäude, Straßen und Schienenwege zu unterstützen;
- Die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer zu unterstützen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 24)** **Sparprogramme und Privatisierung**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **WEIST DARAUF HIN,**

dass die Europäische Kommission und die Europäische Union in ihrer Antwort auf die Wirtschaftskrise auf eine Strategie setzen, die überall in Europa schwere wirtschaftliche Schäden anrichtet und bei den Gewerkschaften und den Gewerkschaftsverbänden für Unbehagen sorgt. Viele der vereinbarten oder vorgeschlagenen Initiativen hätten zur Folge, dass die ArbeitnehmerInnen die Kosten einer Wirtschaftskrise zahlen müssten, die sie nicht verursacht haben.

Der Kongress beklagt die Tatsache, dass Regierungen überall in Europa die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die RentnerInnen und PensionärInnen, die Arbeitslosen und die öffentlichen Dienste die Zeche für eine von den Finanzmärkten verursachten Krise zahlen lassen.

Der Kongress erkennt und verurteilt die Politik einiger europäischer Regierungen, öffentliche Dienste an „leistungsbereite Anbieter“ zu übertragen. Einer der Gründe, warum die Renten im öffentlichen Sektor unter Beschuss stehen, ist eine sich daraus ergebende Vereinfachung groß angelegter Privatisierungen.

Der Kongress begrüßt die Kampagne „Nein zu Sparmaßnahmen“ der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) und des Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und unterstützt die Forderung des EGÖD nach einer Änderung der europäischen Wirtschaftspolitik: „Nein zu Sparprogrammen, Ja zu Arbeitsplätzen, öffentlichen Diensten und Sozialrechten.“

### **WEIST WEITERHIN DARAUF HIN,**

Dass der Kongress durch die offenkundige Solidarität im VK und überall in Europa ermutigt wird, und begrüßt alle Initiativen, die zu einer besseren Koordinierung zukünftiger Aktionen in Europa und einer Unterstützung der Anti-Spar-Kampagne der Länder führen sollen.

### **FORDERT DEN VORSTAND DESHALB AUF,**

- Koordinierte Aktivitäten zu unterstützen und alle Kampagnen gegen eine Sparpolitik weiterzuentwickeln, die Auswirkungen auf die Mitglieder hat, sowie in Rücksprache mit den Mitgliedern zu versuchen, globale Aktionstage gegen die Sparpolitik zu koordinieren;
- Sich ein besseres Verständnis der mit der Sparpolitik verbundenen Themen zu erarbeiten und dieses Wissen an die Mitglieder weiterzugeben, und auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kampagnenarbeit gegen die Ereignisse in Europa und weltweit hinzuweisen;
- Alle Mitglieder dazu zu motivieren, bilaterale Kontakte mit wichtigen Gewerkschaften in den am schlimmsten von den Sparprogrammen und der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern aufzubauen und zu entwickeln;
- In möglichst umfassenden Bündnissen mit Gewerkschaften und anderen Organisationen gegen die Politik von Institutionen wie dem IWF und der Weltbank vorzugehen; sich für das öffentliche Eigentum an Dienstleistungen einzusetzen und Gewerkschaftskampagnen für den Schutz öffentlicher Dienste zu unterstützen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 25)** **Arbeitsvermittler/Arbeitsagenturen im öffentlichen Dienst**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FOLGENDES FEST:**

- a) Der zunehmende Einsatz von Arbeitsvermittlern im öffentlichen Dienst weltweit und ihre Entwicklung zu mächtigen multinationalen und grenzüberschreitend tätigen Unternehmen;
- b) Die zunehmende Rolle von Arbeitsvermittlern bei der Förderung und Nutzung von Gelegenheiten durch Privatisierung und Outsourcing im öffentlichen Dienst;
- c) Die Manipulation von ausbeuterischen Kurzzeitverträgen durch Arbeitsvermittler, um ArbeitnehmerInnen die Vorteile von Vollzeitbeschäftigung zu verwehren;
- d) Die gewerkschaftsfeindliche Voreingenommenheit von Arbeitsvermittlern und die Kultur der Zersplitterung und Ausgrenzung, die sie unter schutzbedürftigen ArbeitnehmerInnen propagieren;
- e) Die fehlende Regulierung der Arbeitsvermittler in vielen Ländern und die Gelegenheiten für korrupte Praktiken bei der Vergabe von Arbeitsvermittlungsverträgen, die voll ausgenutzt werden;
- f) Die relativ kleinen, aber wichtigen Lehren, die sich aus der Organisation von GelegenheitsarbeitnehmerInnen in Gewerkschaften ergeben haben;
- g) Die Bedeutung der Entwicklung von Richtlinien für Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, um die Rolle und den Einsatz von Arbeitsvermittlern anzugehen und sich für Alternativen auf der Grundlage von hochwertigen öffentlichen Diensten zu engagieren; und

### **ENTSCHLIESST FOLGLICH:**

1. Unverzüglich durch Forschungsarbeiten und Beweismaterialien, die von Mitgliedsgewerkschaften vorgelegt werden, zu ermitteln, in welchem Umfang Arbeitsvermittler im öffentlichen Dienst aktiv sind;
2. Die Eigentumsmuster von multinationalen Arbeitsvermittlern zu identifizieren und Informationen über ihre Praktiken und Politiken und ihre Auswirkungen auf den Lebensstandard von ArbeitnehmerInnen zu sammeln;
3. Eine internationale Kampagne zur Ergänzung der Kampagne für Hochwertige Öffentliche Dienste zu initiieren, um die ausbeuterischen Praktiken von Arbeitsvermittlern anzuprangern und auf ihre Ausmerzung im öffentlichen Dienst hinzuwirken. Dies wird weiterhin die Einreichung von Beweismaterial bei der IAO umfassen;
4. Kampagnenmaterial zu entwickeln, um den irreführenden Forderungen der Arbeitsvermittlerbranche, die das wahre Wesen dieser modernen Form der Knechtschaft deutlich zeigen, wirksam entgegenzutreten;
5. Mit Gewerkschaften in anderen Sektoren und gleichgesinnten gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass über Arbeitsvermittler angestellte ArbeitnehmerInnen Gewerkschaftsschutz erhalten und dass Strategien entwickelt werden, um dauerhafte Beschäftigung zu schaffen;
6. Arbeitgeber und Regierungen darauf zu verpflichten, dass sie der Privatisierung in allen ihren Formen vorbeugen und auf die Ausmerzung von Arbeitsvermittlung zugunsten menschenwürdiger Arbeit und dauerhafter Beschäftigung hinarbeiten, einschließlich der Besetzung aller freien Stellen und einer Ausweitung der öffentlichen Arbeiten, um den Bedürfnissen der Gemeinschaft gerecht zu werden.



## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 26)** **Internationale Gewerkschaftssolidarität mit Mittelamerika**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Durban, 27.-30. November 2012,**

### **IN FESTSTELLUNG,**

und in Sorge, dass der Wahlkreis Mittelamerika eine der schwierigsten Zeiten in den beiden letzten Jahrzehnten erlebt, mit den bekannten und besorgniserregenden wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen, arbeitsrechtlichen und politischen Rückschritten;

### **IM BEWUSSTSEIN**

darüber, dass diese Länder vor einer Reihe an Herausforderungen stehen, die mehrheitlich in Berichten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der IAO und der Weltbank dokumentiert sind, welche im Zusammenhang mit sozialer Ausgrenzung, niedrigen Niveaus in Gesundheitsfürsorge und Bildung, geringen Einkommen und Umweltzerstörung stehen;

### **IM HINBLICK**

auch auf die lange Geschichte der Menschen- und Gewerkschaftsrechtsverletzungen, die international durch den IGB und die GUFs angeprangert werden, sowie auf die Zunahme der Morde an GewerkschaftsführerInnen und der Unsicherheit für die Bürger aufgrund der Drogengeißel, welche die Mordrate in der gesamten Subregion um das Tausendfache steigert;

### **IM WISSEN**

darum, dass in Mittelamerika 35% und in manchen Ländern sogar 50% der Kinder unter fünf Jahren an chronischer Mangelernährung leiden. Dass mehr als 20% der Jugendlichen und jungen Leute zwischen 12 und 24 Jahren weder zur Schule gehen bzw. studieren noch arbeiten und die Auswanderungsquote qualifizierter Arbeitskräfte hoch ist, dass 40% der Haushalte (18 Mio. Menschen) vom Marktsystem und dem Staat im Stich gelassen sind, dass in keinem mittelamerikanischen Land auch nur 55% der Bevölkerung in der formellen Wirtschaft tätig sind, die Mehrheit unter prekären Arbeitsverhältnissen arbeitet, die soziale Sicherung nur für knapp 24% Deckung bietet und die Investitionen in Bildung und Gesundheit durchschnittlich nur 19 Dollar pro Person betragen, da keines dieser Länder ein effizientes, gerechtes, ausgewogenes und solidarisches Steuersystem hat und keines hochwertige öffentliche Dienste gewährleistet;

### **IN VERBINDUNG**

damit, dass es in der Subregion große Überschwemmungen gibt, dass sie gleichzeitig anfällig ist für den Klimawandel, was noch durch das Fehlen eines angemessenen Landmanagements verschärft wird, wodurch die menschliche Entwicklung immer weniger nachhaltig wird;

### **ALARMIERT**

durch den hohen Ressourcenverbrauch, der höher ist als das, was die Natur zu erzeugen vermag, und durch die konstante Zunahme der Klimaereignisse, die eine Gefahr für diese Subregion darstellen, deren Temperatur nach Schätzungen in den nächsten 40 oder 50 Jahren um 2,5 bis 4,0 Grad Celsius steigen wird;

### **IM HINBLICK**

darauf, dass Mittelamerika weniger als 0,5% der für den Klimawandel verantwortlichen Emissionen erzeugt, aber davon am stärksten getroffen wird;

### **ENTSCHLIESST**

dass das PSI-Sekretariat die notwendigen Maßnahmen einleiten soll, um die Verwendung dieser Finanzressourcen aus der internationalen Solidarität zu priorisieren, um der gewerkschaftlichen Entwicklung in der Subregion in Reaktion auf diese großen Herausforderungen Kontinuität zu verleihen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 29)**

### **Öffentliche Dienste und soziale Grundsicherung für das Gemeinwohl**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

#### **STELLT FOLGENDES FEST:**

1. **Da** das Gemeinwohl einen sozialen Zusammenhalt schafft, die es den Menschen ermöglicht zusammenzuleben, kollektive Rechte fördert, welche eine grundlegende Priorität für gesunde Gemeinschaften darstellen, und dem Wohl der Gesellschaft dient;
2. **In Bekräftigung** der Auffassung, dass Staaten für die Entwicklung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste und der sozialen Sicherheit, mit denen sich Chancengleichheit sicherstellen und soziale Ungleichheit reduzieren lässt, verantwortlich sind;
3. **In Bekräftigung** der Auffassung, dass öffentliche Dienste und soziale Sicherheit für die Aufrechterhaltung der notwendigen sozialen Bindungen für das Zusammenleben in einer Gesellschaft und die Schaffung von Solidarität unter den Menschen von wesentlicher Bedeutung sind;
4. **Da** die Aufrechterhaltung und Entwicklung von öffentlichen Diensten und sozialer Sicherheit auf folgenden Grundsätzen beruhen muss:
  - a) Zugänglich für alle ungeachtet ihrer Stellung, ihres Einkommens oder ihres Lebensorts;
  - b) Die Verantwortung für das Vorgesagte wird vom Staat oder von gleichwertigen öffentlichen Körperschaften getragen;
  - c) Das Vorgesagte darf nicht durch internationale Freihandelsabkommen reguliert werden;
5. **Auf der Basis** des *Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*, der insbesondere das Recht auf Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit als Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt erachtet;
6. **Da** Gesellschaften mit höherem Bildungsstand, besserer Gesundheit und angemessener sozialer Sicherung in der Regel ein höheres Maß an Gleichberechtigung aufweisen und eine bessere Lebensqualität genießen;
7. **Da** die sozialen Bedürfnisse sowie die Steuereinnahmen, die zur Finanzierung von öffentlichen Diensten und sozialer Sicherheit verwendet werden, jedoch von einem Land zum anderen unterschiedlich sind und deshalb Ansätze und Lösungen brauchen, die an die Besonderheiten des jeweiligen Lands angepasst sind;
8. **In Bekräftigung** der Auffassung, dass die Einführung einer sozialen Grundsicherung ein wirkungsvolles Instrument zur Armutsbekämpfung und besseren Vermögensumverteilung im Interesse größeren Gemeinwohls darstellen kann;

#### **EMPFIEHLT der 29. PSI-Weltkongress, dass der Vorstand und seine Mitgliedsorganisationen,**

Druck auf Regierungen, öffentliche Körperschaften und internationale Institutionen ausüben, um sicherzustellen, dass in jedem Land öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme sowie allgemein zugängliche soziale Sicherungsmaßnahmen entwickelt oder ausgebaut werden, um eine wirkliche soziale Grundsicherung einzurichten.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 30) Renten**

### **HANDELN, UM UNSERE KOLLEKTIVEN SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME ZU KONSOLIDIEREN UND ZU VERBESSERN**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

#### **NIMMT ZUR KENNTNIS,**

dass seit dem letzten PSI-Kongress in WIEN die sozialen Sicherungssysteme, die wesentliche Instrumente der Brüderlichkeit, Gleichheit und Freiheit sind, in vielen Ländern unablässig attackiert und gar abgebaut werden.

Angesichts dieser Situation drückt der Kongress, zusammen mit allen Mitgliedsorganisationen, Folgendes aus:

#### **BESORGNIS**

darüber, dass die öffentliche Hand eine kontinuierliche Kampagne führt, der zufolge die kollektiven Rentensysteme ein Fass ohne Boden darstellen und ihre Grenzen erreicht haben sollen. Darüber, dass sie bei den Pensionsfonds rundheraus die Umverteilung und die Systeme für Beamte und öffentliche Bedienstete in Frage stellen; er

#### **BEZEUGT,**

dass die Finanzkrise und der konjunkturelle Abschwung, die wir aktuell erleben, die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Sektor hart treffen und deutlich die Anfälligkeit der kapitalbildenden Rentensysteme, bei denen die Renditen sinken, zutage bringen. Einige mussten sogar Konkurs anmelden. Dies hat insbesondere eine große Anzahl von ArbeitnehmerInnen in Großbritannien, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten getroffen; er

#### **BEKRÄFTIGT SEINE ABLEHNUNG**

jeglicher einseitiger Maßnahmen von Regierungen wo auch immer, welche den Interessen von ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen durch die Verlängerung der Beitragszeiten, die Verschiebung des Renteneintrittsalters nach hinten, die Streichung von Familienleistungen und insbesondere die Absenkung der Rentenniveaus schaden.

#### **ERKLÄRT,**

dass diese Politiken sozial inakzeptabel und wirtschaftlich ineffizient sind; und

#### **BEKRÄFTIGT SEINE ABLEHNUNG**

der Konsequenzen aus diesen Maßnahmen, die heute für viele ältere Mitmenschen in die Arbeitslosigkeit und zur Explosion der Anzahl armer Rentenbezieher führen, ohne im Gegenzug Arbeitsplätze für junge Leute zu schaffen.

Angesichts dieser unbestreitbaren Feststellung werden die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften über die Einsetzung einer spezifischen Arbeitsgruppe zu den Renten hinaus einen breit angelegten Gegenangriff organisieren, um die Regierungen mit ihrer Sparpolitik, die unerbittlich in soziale Ungerechtigkeit und zum schrittweisen Verschwinden unserer öffentlichen Dienste führt, zum Rückzug zu bewegen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 31)** **Gegen den Feminizid in Mexiko, Mittelamerika und der Dominikanischen Republik**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Durban, 27.-30. November 2012,**

**IN ERNEUTER BEKRÄFTIGUNG**, dass die Mitgliedsgewerkschaften der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI) an der Errichtung der Frauenrechte und der Schutzmechanismen zur Ausmerzung der zahlreichen Formen geschlechter-, ethnien-, klassenspezifischer und rassistischer Gewalt, die unsere Region erlebt, mitgewirkt haben;

**AUF DER GRUNDLAGE** unter anderem der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), der Interamerikanischen Konvention zum Schutz, zur Bestrafung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, der Konvention „Convención de Belém do Pará“ und des Konsenses von Brasilia der XI. Regionalkonferenz zu Frauenfragen von Lateinamerika und der Karibik;

**IN BESORGNIS** über die alarmierende Zunahme der statistisch erfassten Gewalt gegen Frauen in den letzten Jahren, wobei in der Subregion gängigerweise das Wort „FEMINIZID“ für die Ermordung von Frauen verwendet wird, und über die vorherrschende Straflosigkeit für die Täter im Rechtssystem;

**ENTSCHLIESST deshalb,**

1. den 29. Weltkongress mit dieser EntschlieÙung zu **befassen**, als Ausdruck der Ablehnung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, und weiterhin die Einhaltung aller staatlich ratifizierten internationalen Verträge sowie die Umsetzung von wirksamen Maßnahmen zu fordern, um der Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein Ende zu setzen;
2. an die Staaten zu **appellieren**, dringliche Maßnahmen gegen den Feminizid und jegliche Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen durchzuführen;
3. die Mitgliedsgewerkschaften der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI) **aufzufordern**, weiterhin Bündnisse zu schmieden und den Dialog mit den Frauen, die in unseren Gewerkschaften und unseren sozialen Bewegungen organisiert sind, zu fördern und jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und der Straflosigkeit in den Rechtssystemen als institutioneller Gewalt entgegenzutreten;
4. die Mitgliedsgewerkschaften der PSI zu **ermahnen**, dass sie sich verpflichten, weiterhin entschlossene Maßnahmen voranzutreiben, damit die Staaten Politiken umsetzen, mit denen sich Veränderungen in Bezug auf gesellschaftliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen erreichen lassen;
5. den PSI-Aktionsplan **auszubauen**, um die tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerschaftlichen und politischen Ungleichheiten zugunsten einer wirksamen Teilhabe der Frauen am Aufbau einer neuen inklusiven, fairen und von Gleichberechtigung gekennzeichneten Gesellschaft zu beseitigen;
6. sich in ihren Anstrengungen mit den sozialen und feministischen Bewegungen **zusammenzuschließen**, um gemeinsame Maßnahmen gegen die vielfältigen Ausdrucksformen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu unternehmen;
7. den generationenübergreifenden Dialog zu **fördern** und gleichzeitig die umfassende Partizipation der jungen Menschen zu stärken, um ihnen neue Möglichkeiten für soziale, politische, wirtschaftliche, kulturelle und berufliche Entwicklung zu bieten.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 32)**

### **Nach der COP 17: Kampagnenarbeit für grüne Arbeitsplätze und Politiken**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

#### **STELLT FOLGENDES FEST:**

- a) Die enttäuschenden, aber doch auch vorhersehbaren Ergebnisse der COP 17 in Bezug auf konkrete Maßnahmen und für Regierungen verbindliche Politiken;
- b) Die fortdauernde Herausforderung, eine nachhaltige Antwort auf die Umweltzerstörung zu finden, und die absolute Notwendigkeit, die Frage der Arbeitslosigkeit anzugehen;
- c) Die Bedeutung der Wahrung und Sicherstellung einer arbeitnehmer- und menschenfreundlichen Dimension in der Diskussion über den Klimawandel;
- d) Die besondere Rolle, die lokale und nationale Regierungsstrukturen bei der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung von grünen Politiken spielen könnten; und

#### **ENTSCHLIESST FOLGLICH:**

Eine Arbeitsgruppe für eine Kampagne für grüne Arbeitsplätze einzurichten, die im nächsten Jahr eine umfassende Strategie als Ergänzung zum Aktionsplan entwickelt, die folgendes umfasst:

- a) Strategien, mit denen sichergestellt wird, dass Vereinbarungen, die auf internationaler oder nationaler Ebene geschlossen werden, beim Übergang von einer nicht-grünen zu einer grünen Wirtschaft den Schwerpunkt auf die Schaffung von bedeutsamen Arbeitsplätzen und den Schutz aktueller ArbeitnehmerInnen legen;
- b) Die Besetzung von freien Stellen und die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, um der Arbeitslosigkeit durch ein höheres Maß an Dienstleistungen zu begegnen und gleichzeitig Kapazitäten zur Bearbeitung ökologischer Herausforderungen zu schaffen;
- c) Die Entwicklung einer kritischen Checkliste, um die Mitgliedsgewerkschaften in die Lage zu versetzen, die Umsetzung der COP-17-Ergebnisse durch die Regierungen sicherzustellen, Kampagnenmaßnahmen auf nationaler Ebene einzuleiten und sich ergebende Herausforderungen und Fortschritte zu überwachen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 33)** **Betreuungspersonal im Bildungswesen**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELT FOLGENDES FEST:**

Die PSI vertritt ArbeitnehmerInnen in Tausenden von unterschiedlichen Berufsgruppen, fördert die Anerkennung der Arbeitskräfte, die öffentliche Dienste erbringen, und ist die Stimme dieser Beschäftigten. Gleichzeitig erkennt die PSI, dass grenzüberschreitende Kontakte und der Austausch von Erfahrungen zwischen Menschen, die ähnlichen Berufen nachgehen, von hohem Vorteil und Nutzen sind, um spezifische Erfahrungen und Strategien weiterzugeben. Aus diesem Grund hat die PSI Arbeitsgruppen in den Sektoren Energie, lebenswichtige Dienstleistungen, Gesundheit, öffentliche Verwaltung, Wasser- und Abwasserwirtschaft eingesetzt.

Die PSI vertritt überdies eine wachsende Zahl von Betreuungspersonal im Bildungswesen. Diese Mitglieder, Männer und Frauen, arbeiten in ganz unterschiedlichen Berufen, in der Verwaltung und in der Buchhaltung, in Wartung und Technik, als Busfahrer, als Aushilfslehrer, in Kantinen, in der Krankenpflege, in Kindergärten, als Platzwarte, und Hunderte mehr.

Das Betreuungspersonal im Bildungswesen erbringt wichtige Dienstleistungen vom Kinderhort bis hin zur Universität. Ihr Beitrag wird aber oft nicht gewürdigt, und dieser Mangel an Anerkennung äußert sich nur zu oft in geringer Bezahlung, schlechten Arbeitsbedingungen und unzureichender Ausbildung. Viele der Betroffenen müssen als Teilzeitkraft arbeiten oder prekäre Arbeitsverhältnisse ohne Beschäftigungssicherheit akzeptieren.

Bildungsbehörden weltweit zeigen einen besorgniserregenden Trend, diese Tätigkeiten zu privatisieren. Viele Unternehmen, die die Verträge über diese Tätigkeiten erhalten, sind multinational aufgestellt und bekannt dafür, dass sie die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer attackieren und auch die Gewerkschaften, die diese Beschäftigten vertreten. Die PSI ist der Überzeugung, dass Aufgaben im Bildungswesen am besten als öffentliche Dienstleistungen erbracht werden.

### **DESHALB BESCHLIESST DER KONGRESS,**

- Eine Umfrage bei den Mitgliedern durchführen um festzustellen, welche Mitglieder Arbeitskräfte im Bildungswesen vertreten, und um besser zu verstehen, welche Art von Tätigkeiten sie ausführen;
- Die Netzwerkarbeit und die Kommunikation zwischen den betroffenen Mitgliedern zu Themen unterstützen, die für das Betreuungspersonal im Bildungswesen relevant sind;
- Forschungsarbeiten unterstützen, um multinationale Unternehmen zu identifizieren, die von der Privatisierung dieser unterstützenden Tätigkeiten profitieren; und um die Durchführbarkeit von koordinierten Kampagnen zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitskräfte in diesen Unternehmen zu prüfen;
- Das Recht des Betreuungspersonals im Bildungswesen bekräftigen, eine Gewerkschaft zu gründen oder sich einer Gewerkschaft anzuschließen und kollektiv ihre Arbeitsbedingungen zu verhandeln;
- Die Arbeit von Mitgliedern unterstützen, Betreuungspersonal im Bildungswesen gewerkschaftlich zu organisieren und zu mobilisieren; und
- Mit anderen internationalen Branchengewerkschaften und internationalen Institutionen zusammenarbeiten, um die Interessen des Betreuungspersonals im Bildungswesen Gehör zu bringen, ihre Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und ihren Beitrag für die Erbringung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste hervorzuheben.

## ENTSCHLIESSUNG Nr. 34) PSI-Sektornetzwerke

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

### STELLT FOLGENDES FEST:

In der gegenwärtigen Zeit werden die Beschäftigten im öffentlichen Sektor mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Diese Herausforderungen sind beträchtlich, die Themen gleichen sich oft und sind in den einzelnen Sektoren fast identisch in ihrer Tendenz und Ausprägung. Zwar sind die Möglichkeiten der Netzwerkarbeit begrenzt, so bieten sie doch die Möglichkeit, Gewerkschaften zusammenzubringen, gemeinsam spezifische Anliegen zu erörtern, Ideen auszutauschen, ihre Arbeit zu planen und sich über Erreichtes zu informieren, Solidarität um gemeinsame Interessen herum zu schaffen; auch die Dimension der Mitgliederwerbung sollte nicht unterschätzt werden.

Die Probleme, denen sich die Mitglieder gegenübersehen, sind oft die Themen, in denen sie sich solidarisch verbunden fühlen. Wir müssen in der Lage sein, diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern und zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen.

Wir vertreten Gewerkschaften und Mitglieder in diesen Sektoren, verfügen aber nicht über die Möglichkeit, Informationen zwischen den Mitgliedern innerhalb der einzelnen Sektoren weiterzugeben oder auszutauschen.

### FORDERT DAZU AUF,

- Dass die PSI-Mitglieder ihre eigenen Sektorengruppen einrichten und gegebenenfalls einen sektorbezogenen Lenkungsausschuss interessierter Sektorenmitglieder einsetzen, an dem sich alle Mitglieder beteiligen können. Die Lenkungsausschüsse der Sektoren werden von Mitgliedern koordiniert und dabei vom PSI-Sekretariat unterstützt;
- Dass die PSI im Rahmen ihrer Planung und ihrer Aktivitäten, die auf die Herausforderungen, mit denen die Mitgliedsorganisationen konfrontiert sind, eingehen, darauf abzielt, die Anzahl ihrer Mitgliedsgewerkschaften als auch ihrer Mitglieder zu erhöhen;
- Dass die PSI ihre Mitglieder bei der Zusammenarbeit unterstützt und zwar mittels einer direkten Konsultation, um einen Sektorarbeitsplan und einen branchenspezifischen Ansatz für die PSI-Sektoren zu entwickeln; dazu gehören Bereiche wie:
  - Gesundheitsdienste, soziale Dienste und Pflegedienste
  - Versorgungsbetriebe – Wasser & Elektrizität
  - Kommunalverwaltungen
  - Staats- und Bundesländerverwaltungen
  - Bildung, Kultur, Information*(zusätzliche Sektoren können hinzugefügt werden, hier genannte jedoch nicht gestrichen werden)*
- Dass die Arbeitspläne durch Mitwirkung der PSI-Mitglieder unter Verwendung elektronischer Medien sowie erforderlichenfalls konkreter Sitzungen von PSI-Mitgliedern entwickelt werden (bedarfsweise auf eigene Kosten der Mitglieder);
- Dass die Arbeitspläne einen Bezug zu den für die Mitglieder relevanten Themen haben sollten, z. B. Sicherheit am Arbeitsplatz, aktuelle Trends im Sektor und neue Perspektiven, Reaktionsmöglichkeiten der Mitglieder, Weitergabe von Kenntnissen und Fachwissen, ebenfalls gewerkschaftliche Organisationsarbeit als zusätzliche Dimension;
- Dass die Sektorenarbeitspläne auf der Basis der Kernprinzipien der PSI für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste und auf der Basis von Gleichheit, Gewerkschaftsrechten und des PSI-Aktionsprogramms entwickelt werden;

- Dass die Mitglieder dazu ermutigt werden, die Arbeitspläne und Aktivitäten der PSI für ihre eigene gewerkschaftliche Arbeit zu nutzen, sofern dies sinnvoll erscheint; und

**BESCHLIESST,**

- diesen Aufruf zu unterstützen;
- Dass die PSI gründlich prüft, welche vorhandenen oder neu zu schaffenden Strukturen sinnvoll für den Aufbau sektoraler Strukturen innerhalb der Arbeit der PSI sind. Dabei sollte auf den Aufbau verbindlicher und verlässlicher Strukturen und deren enge Begleitung durch das PSI-Sekretariat abgezielt werden. Bloße, eher informelle Netzwerkarbeit reicht hier nicht aus, ist aber ein Anfang.



## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 35)** **Migrationsprojekt**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELLT FEST:**

1. Die englischsprechenden Subregionen Ost- und Westafrika sind permanent in den Genuss des Migrationsprogramms der PSI gekommen.
2. Das Migrationsprogramm der PSI hat die Ausfallsrate der Beschäftigten im Gesundheitswesen in den Subregionen, vor allem in Ghana, auf ein erträgliches Maß gesenkt.

### **STELLT WEITER FEST:**

1. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen kannten das Migrationsprogramm sehr gut, und sein Nutzen war beträchtlich.
2. Es besteht eine große Nachfrage seitens der Mitglieder nach fortlaufender Sensibilisierung zur Frage der Migration der Beschäftigten im Gesundheitswesen in der Subregion.

### **BESCHLIESST DESHALB,**

1. Dass das Migrationsprogramm in Ghana und Kenia fortgesetzt werden soll und in Afrika weiter verbreitet werden, da die Subregion seit langem aus der Unterstützung des Migrationsprogramms Nutzen zieht.
2. Die PSI soll ihr Mandat des Migrationsprogramms sichern, indem sie Mitgliedsgewerkschaften im Gesundheitsbereich an die Spitze dieses Programms stellt.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 36)** **Migration und Diskriminierung**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**STELLT FEST,** dass die Migration weltweit zunimmt. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die in ein anderes Land auswandern, weltweit verdoppelt und beträgt jetzt ca. 200 Millionen. Europa selbst ist ein treffendes Beispiel dafür, dass Wissen, Arbeitskraft und Vielfalt, die infolge der Migration auf den Kontinent gebracht wurden, eine große Bedeutung für Wachstum und Entwicklung hatten. Migrationsbewegungen sind ein grundlegend natürlicher Prozess. Er stellt an unsere Gesellschaften große Anforderungen im Hinblick auf eine gute Integration und schnelle Möglichkeiten für die Beschäftigung der zugewanderten Menschen.

**STELLT WEITERHIN FEST,**

Dass die Gründe für die Migration eines Menschen zahlreich und vielfältiger Natur sein können. Die Ursache kann in einem generell niedrigen Lebensstandard liegen, aber auch in fehlender Rechtsstaatlichkeit oder politischer Unterdrückung, in Verfolgung aus religiösen, kulturellen oder ethnischen Gründen, aufgrund der sexuellen Orientierung und infolge von Kriegen oder Unruhen im Herkunftsland. In den meisten Fällen geht es jedoch darum, eine Arbeit zu finden, um für sich selbst und seine Familie sorgen zu können – eine Arbeit, die es im Herkunftsland nicht gibt oder für die keine existenzsichernden Löhne gezahlt werden. Die Migration ist für die Menschen, die diese Entscheidung treffen, eine große Herausforderung. Es geschieht nicht selten, dass sie in unterschiedlichster Weise diskriminiert werden in Form niedriger Löhne, fehlender Arbeitsverträge, Überstunden oder falscher Versprechungen über die Möglichkeiten, die ihnen im Zielland geboten werden.

**STELLT WEITERHIN FEST,**

Dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle übernehmen, wenn es um die Achtung der Rechte von ArbeitsmigrantInnen geht. Diese Aufgabe der Gewerkschaften muss auf nationaler und internationaler Ebene umfassend anerkannt werden. Die Gewerkschaften müssen darauf hinarbeiten, ArbeitsmigrantInnen stärker gewerkschaftlich zu organisieren. Die gewerkschaftliche Organisation von ArbeitsmigrantInnen verringert das Ausbeutungsrisiko, gibt ihnen Stärke und eine bessere Verhandlungsposition, verstärkt den sozialen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zum Aufbau gerechterer Gesellschaften.

**BEFÜRCHTET,** dass die Grundsätze der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung im Erwerbsleben, die das Kernstück der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit sind und die ein zentraler Punkt jeder Migrationspolitik sein müssen, von zahlreichen Staaten in der Welt missachtet werden. Die Nichtachtung dieser Grundsätze führt zu Ungerechtigkeiten und Ausbeutung der ArbeitsmigrantInnen und hat einen Unterbietungswettbewerb bei den Arbeitsbedingungen für alle ArbeitnehmerInnen zur Folge. Dies wiederum führt oft dazu, dass MigrantInnen nicht als Bereicherung, sondern eher als Bedrohung gesehen werden.

Dass die Einschnitte bei den öffentlichen Diensten und die wirtschaftliche Ungewissheit einen Nährboden für Politiken der Spaltung schaffen und dass Manche der Migration und Einwanderung die Schuld für Arbeitslosigkeit geben und nicht dem finanziellen Zusammenbruch und den Einschnitten bei den öffentlichen Diensten.

**SCHLIESST DARAUS,**

dass wir niemals akzeptieren können, dass Wettbewerbsfähigkeit durch niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen, Missachtung des Umweltschutzes und ein niedrigeres Niveau der sozialen Absicherung erreicht werden kann. Wir wollen die Länder unterstützen,

die das Gegenteil wollen und die sich für Entwicklung und eine faire Wohlstandsverteilung einsetzen.

**SCHLIESST EBENFALLS DARAUS,**

Dass Menschen- und Gewerkschaftsrechte universell, unteilbar und individuell sind. Ausnahmen aufgrund religiöser oder kultureller Gepflogenheiten sind nicht akzeptabel.

**UNTERSTÜTZT** die PSI in ihrer Arbeit, dass die Rechte der ArbeitnehmerInnen auch von internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank respektiert werden.

**FÖRDERT** Kontakte zwischen Mitgliedern, wenn es befristete oder größere Migrationsbewegungen gibt, um im Aufnahmeland die bestmöglichen Bedingungen herzustellen.

**ERMAHNT** die PSI-Mitgliedsorganisationen, sich verstärkt für die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 97 und 143 über Arbeitsmigration und über Wanderarbeitnehmer sowie für die UN-Konvention von 1990 zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen einzusetzen.

**ERMAHNT WEITERHIN**

die PSI und ihre Mitglieder, auf die Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen gegen Ausbeutung und Sozialdumping zu achten und die Sicherheit und Gesundheit der ArbeitnehmerInnen zu schützen.

**ERMAHNT EBENFALLS**

die PSI-Mitglieder, sich weiterhin für die gewerkschaftliche Organisation dieser ArbeitnehmerInnen einzusetzen.

**ERMAHNT EBENFALLS**

die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften, energischer darauf hinzuarbeiten, die Arbeitswelt von Fremdenfeindlichkeit und allen Formen von Diskriminierung und Unterdrückung frei zu machen sowie Bündnisse zu schmieden und Kampagnen mit lokalen Gemeinschaften und Gewerkschaften zur Bekämpfung der extremen Rechten durchzuführen.

**FORDERT,** dass die IAO-Arbeitsnormen zu einem festen Bestandteil aller internationalen Handelsabkommen und Handelsregeln werden.

**FORDERT ENDLICH,**

dass alle ArbeitnehmerInnen entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften und Kollektivvereinbarungen bezahlt werden, die für den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes gelten unabhängig davon, ob es sich um eine zeitlich befristete Arbeit handelt oder nicht. Menschen, die als Arbeitskräfte in ein für sie neues Land kommen, dürfen nicht diskriminiert werden, sondern müssen die gleichen Rechte und Pflichten haben wie alle anderen Arbeitskräfte in diesem Land auch. Dies ist ein fundamentaler Grundsatz.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 37)**

### **Ethische Grundsätze bei internationaler Anwerbung von Personal**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

#### **STELLT FOLGENDES FEST:**

Die PSI gehört zu den internationalen Branchengewerkschaften, die bereits zu einem frühen Zeitpunkt aktiv an der Entwicklung effektiver Kampagnen zur Unterstützung der Interessen und Rechte von ArbeitsmigrantInnen beteiligt war. Die internationale PSI-Migrationskampagne und die Kampagne für weibliche Beschäftigte in Gesundheitsberufen haben zu wichtigen neuen Erkenntnissen über die Aus- und Einwanderungsgründe geführt, die internationale Migrationstrends beeinflussen, und damit einen Beitrag zur Dokumentierung der Auswirkungen der Migration auf die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen in den Entsendeländern geleistet. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die Kampagne auch grenzübergreifende Gewerkschaftsstrategien identifiziert hat, um auswanderungswilligen Gesundheitsfachkräften fundierte Entscheidungshilfen geben zu können. Diese Basis ist eine nützliche Plattform, um sich für Arbeitnehmer- und Patientenrechte im Kontext der Arbeitsmigration einzusetzen.

Der prekäre legale Status und ungeklärte Fragen der Arbeitseignung haben zur Folge, dass ArbeitsmigrantInnen besonders gefährdet sind, ausgebeutet zu werden. Umso höher ist ihr Bedarf an proaktiver gewerkschaftlicher Hilfe und Unterstützung. Gewinnorientierte internationale Arbeitsvermittlungen sind heute praktisch ohne jeder Regulierung im globalen Markt tätig, und viel zu viele ArbeitsmigrantInnen werden aufgrund der unethischen Praktiken dieser Personalvermittler Opfer übelster und verwerflichster Ausbeutung.

Private Personal- und Arbeitsvermittlungen haben zu einer Forcierung von Migrationstrends und zur Privatisierung von öffentlichen Stellen und Diensten beigetragen. Sie haben neue Wege gefunden, private Gewinne aus öffentlichen Systemen für sich zu erwirtschaften, indem sie von Arbeitgebern und/oder den ArbeitsmigrantInnen überzogene Gebühren verlangen.

Da es seitens des Staates keine effektive Regulierung der Personalvermittlungen gibt, müssen die Gewerkschaften nach alternativen Möglichkeiten suchen und eigene ethische Normen für die internationale Anwerbung von Personal und die Überwachung von Anwerbepraktiken finden. Eine Möglichkeit ist die Entwicklung freiwilliger Verhaltensregeln im Rahmen von Verhandlungen, an denen alle Anspruchsgruppen wie Arbeitgeber, Personalvermittlungen, Gewerkschaften und die ArbeitsmigrantInnen selbst beteiligt sind. Diese Verhaltensregeln sind zwar nur bedingt durchsetzbar, können jedoch nützliche Hilfsmittel sein, um beste Praktiken zu benennen und das Verhalten der Beteiligten durch mehr Überprüfung und Rechenschaftspflicht zu unterstützen.

#### **DESHALB BESCHLIESST DER KONGRESS,**

- Die Mitglieder dazu motivieren, auf nationaler Ebene bei der Entwicklung von ethischen Normen für die internationale Anwerbung von Personal für das Gesundheitswesen oder andere Bereiche öffentlicher Dienste eine federführende Rolle zu übernehmen und die Überwachung und Durchsetzung dieser Normen mit allen Mitteln durchzusetzen;
- Alle Initiativen unterstützen, die auf die Missachtung der Rechte von ArbeitsmigrantInnen sowie auf die Machenschaften unethischer Personalvermittlungen innerhalb der internationalen Arbeitsvermittlungsbranche aufmerksam machen;
- Die Mitgliedsorganisationen zu ermutigen, ArbeitsmigrantInnen in ihren Gewerkschaften zu organisieren und sich für die Belange dieser Mitglieder einzusetzen und ihre Interessen zu verteidigen;

- Weiterhin internationale Migrationsströme und Anwerbepraktiken beobachten, um die Auswirkungen dieser Trends zu beurteilen und die Entwicklung einer effektiven Gewerkschaftspolitik und Lobbyarbeit anzuleiten; und
- Solidarität und Zusammenarbeit zwischen PSI-Mitgliedern in den Entsende- und Aufnahmeländern zu fördern, damit die ArbeitsmigrantInnen besser repräsentiert und ihre Rechte besser verteidigt werden können und damit der Forderung nach sicheren Arbeitsplätzen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten in allen Ländern mehr Nachdruck verliehen werden kann.

## ENTSCHLISSUNG Nr. 39) Swasiland

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

### STELLT FOLGENDES FEST:

- a) Die mutigen und wesentlichen Aktionen der Demokratiebewegung von Swasiland, angeführt von dem neuen geeinten Gewerkschaftskongress von Swasiland (TUCOSWA) und der PSI-Mitgliedsgewerkschaft in seinen Rängen, die trotz der Repression durch die herrschende königliche Elite ihre Kampagne für die Demokratie fortgesetzt haben;
- b) Das Entstehen der *Swaziland United Democratic Front* (SUDF) als Initiative der Gewerkschaftsbewegung zur Vereinigung aller zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschließlich religiöser Organisationen, jungen Menschen und StudentInnen, Frauengruppen sowie Organisationen von städtischen und ländlichen Gemeinschaften;
- c) Die Weigerung des Regimes von Swasiland, den demokratischen Kräften anders als durch Repression zu begegnen, und sein Widerwille, von der Macht und dem Vermögen, das es für seine eigenen Zwecke plündert, abzulassen;
- d) Die Notwendigkeit, anzuerkennen, dass die Frage der Monarchie und des Wesens eines demokratischen Staates Swasiland ein Thema ist, das vom Volk Swasilands selbst gelöst werden muss;
- e) Die andauernde Krise, unter der die Mehrheit des Volks von Swasiland leidet, d.h. dass mehr als 70% der Bevölkerung mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, in größter Armut lebt und eigentlich keinen Zugang zu Dienstleistungen hat, während das Oberhaupt der königlichen Familie zu den reichsten Menschen der Welt gezählt wird;
- f) Die Untätigkeit von Regierungen allgemein und besonders in der Afrikanischen Union und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) im Hinblick auf die Forderung, dass demokratische Normen in Swasiland eingehalten werden und zur Lösung politischer Herausforderungen in Swasiland keine Repression eingesetzt wird;
- g) Die wachsende Unterstützung für die Demokratie-Kampagne Swasilands außerhalb von Swasiland durch die PSI und den IGB Afrika und das Durchbrechen der „Mauer des Schweigens“, die Swasiland in den Medien und im öffentlichen Bewusstsein umgab; und

### ENTSCHLIESST FOLGLICH:

1. Alle Mitgliedsgewerkschaften, sozialen Bewegungen und demokratischen Kräfte zu drängen, die Kampagne für Demokratie in Swasiland zu unterstützen, und zwar insbesondere über die *Swaziland Democracy Campaign*, den Kampagnenflügel der gewerkschaftlich inspirierten *Swaziland United Democratic Front* (SUDF), sowie ihre Aktionen, die jährlich am 12. April im Gedenken an die Aufhebung der demokratischen Rechte seit 1973 und im Rahmen der Globalen Aktionswoche für Swasiland im September stattfinden;
2. Unsere Schwestergewerkschaft NAPSAWU und ihre Föderation TUCOSWA beim Kompetenzaufbau zu unterstützen, um eine demokratische Agenda geltend zu machen und wirksame Aktivitäten in einem demokratischen Swasiland vorzubereiten;
3. Wo dies möglich ist, Ortsgruppen der *Swaziland Democracy Campaign* aufzubauen, um Maßnahmen zu den oben ausgeführten Punkten zu koordinieren;
4. Sicherzustellen, dass die PSI die Demokratie in Swasiland zur Schlüsselkampagne für den nächsten Kampagnenzeitraum macht, und das Thema mit Regierungen allgemein und besonders in der Afrikanischen Union und der SADC zu thematisieren, um dem Regime Swasilands die Legitimität zu entziehen.

**ENTSCHLIESSUNG Nr. 42)**  
**Solidarische Unterstützung Palästinas durch die Kampagne**  
**„Boycott – Desinvestition – Sanktionen“ (BDS)**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**STELLT FOLGENDES FEST:**

- a) Dass Israel weiterhin UN-Resolutionen, die auf Konfliktminderung abzielen, ignoriert oder missachtet und weiterhin todbringende Gewalt und Landbesetzung einsetzt, um die palästinensische Bevölkerung in der Region zu auszugrenzen;
- b) Dass Israel weiterhin ein bedeutender Empfänger von Waffen und Entwicklungshilfe aus den USA ist, obwohl es häufig und unentschuldig internationale Übereinkommen verletzt;
- c) Dass dieser Kongress im Hinblick auf die Rüstungsgüter und politische Unterstützung für Israel durch die USA und seine Verbündeten die Auffassung zurückweist, dass das israelische und das palästinensische Volk gleichermaßen für die Fortführung der Krise verantwortlich seien, und bekräftigt, dass der aggressive und spaltende Charakter von Israel und seiner Besatzungspolitik bedeutende Stolpersteine für das Erreichen einer friedlichen Einigung bleiben;
- d) Dass es wachsenden Widerstand in Israel durch diejenigen gibt, die nicht länger zur Unterstützung einer militärischen Lösung der Krise bereit sind, und in der breiteren palästinensischen Gemeinschaft durch diejenigen, die die Aktionen einer Minderheit zugunsten von breit angelegten Volkskampagnen ablehnen;
- e) Dass die PSI-Regionalorganisation bei der Unterstützung einer unabhängigen und demokratischen Gewerkschaftsbewegung und von ArbeitnehmerInnen in ihrem Kampf eine mutige und wesentliche Rolle spielt;
- f) Dass Israel in vielen Teilen der Welt zunehmend als Apartheid-Staat erachtet wird, nicht zuletzt in Südafrika, wo die Merkmale eines Apartheid-Staats und die Konsequenzen für die Unterdrückten verstanden werden und dieser Ausdruck nicht ohne ernsthafte Erwägung der Sachlage verwendet wird;
- g) Dass die BDS-Kampagne in Palästina in den letzten zwei Jahren von einer breiten Palette an Organisationen, einschließlich Gewerkschaften, und weltweit Unterstützung, erlangt hat.

**DER KONGRESS STELLT WEITER FEST,**

- h) Dass eines der Hauptziele der BDS-Kampagne darin besteht, die Aufmerksamkeit auf die systemische Diskriminierung zu lenken, die von Israel gegen Palästinenser ausgeübt wird und ihm damit den zweifelhaften Titel des Apartheid-Staats eingetragen hat;
- i) Dass Versuche, den Völkern von Israel und Palästina eine Lösung jedweder Art aufzuzwingen, wahrscheinlich keinen Erfolg zeitigen werden, solange weit verbreitete Diskriminierung und Manipulation des palästinensischen Volks, einschließlich Ausgrenzungsversuchen, fortbestehen;
- j) Dass nur ein demokratischer, inklusiver und nicht religiös motivierter Ansatz einen anhaltenden Frieden im Konflikt bringen kann und dass dies von der Beseitigung des gesamten Unterdrückungsinstrumentariums, einschließlich rechtlicher, militärischer, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Schranken, abhängig ist. Zumindest muss dies Folgendes umfassen:
  - Anerkennung der grundlegenden Rechte der palästinensischen BürgerInnen durch Israel in voller Gleichberechtigung,
  - Achtung, Schutz und Förderung der Rechte palästinensischer Flüchtlinge, in ihre Häuser und in ihr Eigentum zurückzukehren,
  - Sofortige Beendigung der illegalen Siedlungen Israels und der Blockade von Gaza; und

**ENTSCHLIESST FOLGLICH:**

1. Sich der BDS-Kampagne anzuschließen und die damit zusammenhängenden Aktivitäten, einschließlich der jährlichen Israel-Apartheid-Woche, zu unterstützen;

2. Sich an den diesbezüglichen Aktivitäten von PSI-Mitgliedsgewerkschaften zu beteiligen, einschließlich Kampagnen, um jede kommunale/staatliche Stelle zur apartheidfremen Zone zu machen;
3. Weiterhin dem PSI-Regionalbüro Nordafrika und den Nahen Osten und seiner Arbeit zum Aufbau repräsentativer, unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften in der Region, einschließlich Israel und Palästina, größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen;
4. An alle Regierungen zu appellieren, das spaltende Wesen des israelischen Staats anzuerkennen und für seine Isolation zu plädieren, bis er bereit ist, seine Apartheid-Infrastruktur zugunsten von Demokratisierung abzuschaffen und sich zur Einhaltung der UN-Resolutionen zu verpflichten;
5. In Gewerkschafts- und Regierungsforen die Einstellung der Aufrüstung des israelischen Staats durch die Vereinigten Staaten und seine Verbündeten zu fordern;
6. Sich weiterhin gegen alle Formen der Diskriminierung, einschließlich Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und anderer religiöser Motivationen, zugunsten eines säkularen und toleranten Krisenbewältigungsansatzes in der Region auszusprechen.



## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 44) Falklandinseln**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **IN FESTSTELLUNG,**

Dass die Vereinten Nationen ihr Bestreben zum Ausdruck gebracht haben, dem Kolonialismus allerorten und in allen Formen ein Ende zu setzen, wozu auch der Fall der Falklandinseln, Südgeorgiens und der Südlichen Sandwich-Inseln zählt, und dass die Aufrechterhaltung von Kolonialverhältnissen mit dem Ideal des universellen Friedens unvereinbar ist;

Dass Streitigkeiten betreffend die Hoheitsrechte an den Falklandinseln, den Südlichen Sandwich-Inseln, Südgeorgien und dem umliegenden Meeresgebiet zwischen der Republik Argentinien und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland bestehen, was durch mehrere Stellungnahmen der Vereinten Nationen, insbesondere Resolution 2065 der Generalversammlung und 9 weitere Resolutionen anerkannt wurde;

Dass die Vereinten Nationen Argentinien und das Vereinigte Königreich aufrufen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, um eine friedliche Lösung für die Streitigkeiten in Bezug auf die Hoheitsrechte an den besagten Inseln zu finden;

Dass die argentinische Regierung kontinuierlich eine konstruktive Haltung und die Bereitschaft an den Tag legt, auf dem Verhandlungsweg eine friedliche und endgültige Lösung für die Kontroverse über die Hoheitsrechte zu erreichen;

Dass beide Parteien in Resolution 31/49 der Generalversammlung der Vereinten Nationen aufgefordert werden, von Entscheidungen abzusehen, die eine einseitige Änderung der Situation herbeiführen würden, während für die Inseln der von der Generalversammlung empfohlene Verhandlungsprozess läuft;

Dass das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland einseitig Aktivitäten im umstrittenen Gebiet ausgeführt hat, einschließlich der Erkundung und Ausbeutung von erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen und militärischen Übungen;

### **ERKLÄRT**

ihre Sorge wegen der einseitigen Aktivitäten, die das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland in dem umstrittenen Gebiet durchgeführt hat, einschließlich der Erkundung und Ausbeutung von erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen und militärischen Übungen, die gegen Resolution 31/49 der Generalversammlung der Vereinten Nationen verstoßen; und

### **DRÄNGT**

die Regierungen Argentinien und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, unverzüglich die Verhandlungen wiederaufzunehmen, um eine friedliche Lösung für die Streitigkeiten über die Hoheitsrechte zu finden, wobei die Bestimmungen und Ziele der Charta der Vereinten Nationen und der Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung (insbesondere der Grundsatz der territorialen Unversehrtheit) sowie die Interessen der Bevölkerung der Falklandinseln Rechnung zu berücksichtigen sind.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 45)** **Für den Kampf des Volks von Ngöbe-Buglé in Panama**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **AUF DER GRUNDLAGE**

**DER INFORMATIONEN** über die wiederholten internationalen Anzeigen durch die panamaische FENASEP über die zwei Angriffe auf die Brüder und Schwestern der einheimischen Völker von „Ngöbe-Buglé“ in diesem Land, als Reaktion auf deren Kampf für den Schutz ihrer Umwelt gegen fremde Interessen, welche eine undifferenzierte und irrationale Ausbeutung der Natur- und Wasserressourcen, die über Jahrhunderte Schutz genossen hatten, anstreben;

### **IN SORGE**

um die Zahl der Opfer physischer und psychologischer Aggression im einheimischen Volk von „Ngöbe-Buglé“ als Folge der brutalen Repression durch Polizei- und militärische Eliteeinheiten Panamas im Februar 2012;

### **IM BEDAUERN**

wegen dieses unnötigen Angriffs, der den zweiten blutigen Zwischenfall darstellt, der binnen weniger als zwei Jahren durch Ricardo Martinelli, den Staatschef der Republik Panamas, angeordnet und vollzogen wurde;

### **GLEICHSAM**

zur nochmaligen Bekräftigung der unbestreitbaren Verletzung des Übereinkommens Nr. 169 der IAO, die von diesem Land ratifiziert wurde und für die einheimischen Völker ausdrücklich anerkennt: *das Recht nicht nur zur Verwendung der eigenen Sprache, sondern auch die Anerkennung als Kollektivsubjekt, neben weiteren Themen wie dem Recht auf Land und die eigenen Gebiete.*

### **DESHALB**

verurteilt dieser 29. Weltkongress die Regierung der Republik Panama äußerst energisch wegen dieser wiederholten Angriffe und bittet gleichzeitig die panamaische Justiz um Klärung der unverhältnismäßigen Gewaltanwendung durch Polizeikräfte gegen dieses einheimische Brudervolk sowie um Ermittlung und Bestrafung der Verantwortlichen;

### **SCHLUSSENDLICH**

wird eindringlich an die Delegierten dieses 29. Weltkongresses appelliert, eine Kopie dieser Entschliessung an die in ihren Ländern akkreditierten Botschaften der Republik Panama zu senden.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 47)** **Globale Gewerkschaftseinheit**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

### **STELT FOLGENDES FEST:**

- a) Die Herausforderungen, vor denen ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt zu dieser Zeit strenger Sparpolitiken stehen, und die Untergrabung des öffentlichen Dienstes und der von ihm erbrachten öffentlichen Dienstleistungen;
- b) Die konservativen Bündnisse, die von Arbeitgebern, Finanzinstitutionen und ihren Regierungspartnern eingegangen wurden, um Pläne zu verfolgen, die auf neo-liberalen Prämissen basieren, was die Macht der Mächtigen festigt und ihre koordinierten Maßnahmen zur Untergrabung von Sozialleistungen und gewerkschaftlicher Organisation leitet;
- c) Das Maß der Zersplitterung der Gewerkschaften in vielen Ländern und die Notwendigkeit, Zusammenschlüsse und Bündnisse zu schmieden, um den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen zu verteidigen;
- d) Die absolute Notwendigkeit, ein glaubwürdiges Programm als Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise zu entwickeln, das primär auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Armen ausgerichtet ist und entschlossen eine Machtverschiebung weg von denjenigen, die aktuell das Vermögen in ihrer Kontrolle haben, und hin zu sozialer Kontrolle und Rechenschaftspflichten anstrebt;
- e) Die absolute Notwendigkeit, eine einzige geeinte, demokratische und unabhängige Weltgewerkschaftsorganisation aufzubauen, die in der Lage ist, die globale Arbeiterklasse durch effektive Solidaritätsmaßnahmen zu verteidigen und die die Überbleibsel des Kalten Krieges beseitigt;
- f) Die Notwendigkeit, komplementäre globale Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen, die Gewerkschaften innerhalb eines Sektors zusammenbringen und die in der Lage sind, zu einer globalen Alternative zur Sparpolitik beizutragen und entscheidende Solidaritätsaktionen als Gegenangriffe auf neo-liberale Politiken zu unternehmen;
- g) Laufende Versuche auf kontinentaler Ebene, z.B. in Afrika, den IGB Afrika und die *Organisation of Trade Union Unity* (OATUU) zu einen;
- h) Die Verschwendung und die Zwietracht, die durch weltweit und kontinental konkurrierende Gewerkschaftsorganisationen entstehen, und die dadurch bestehenden Möglichkeiten zur Untergrabung der Einigkeit unter den Gewerkschaften; und

### **ENTSCHLIESST FOLGLICH:**

1. Dass die PSI sich an vorderster Front positionieren wird, um einen Dialog zwischen dem IGB und dem WGB zu fördern, um die Möglichkeiten für den Aufbau einer geeinten, unabhängigen und demokratischen Weltgewerkschaftsorganisation zu ermitteln;
2. Dass PSI-Mitgliedsgewerkschaften zur Zusammenarbeit mit Mitgliedsgewerkschaften anderer Gewerkschaftsverbände auf nationaler Ebene und mit unabhängigen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ermutigt werden, um eine Diskussion über gemeinsame Maßnahmen und künftige Einigkeit zu eröffnen.

## **ENTSCHLIESSUNG Nr. 49) Palästina und Naher Osten**

### **Auf der Grundlage der Entschliefungen Nr. 40, Nr. 41, Nr. 43 und des Änderungsvorschlags Nr. 15 zur Entschliebung Nr. 40**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

#### **WEIST DARAUF HIN,**

- dass die PSI die Auffassung unterstützt, dass Frieden und Stabilität im Nahen Osten nur dann einkehren werden, wenn ein souveräner, unabhängiger, demokratischer, zusammenhängender und lebensfähiger palästinensischer Staat geschaffen wird, der neben einem Staat Israel mit gesicherter Existenz besteht.
- Von größter Bedeutung für eine langfristige Friedenslösung ist der Widerstand der gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen, und der Kongress beschließt deshalb den Ausbau der Kontakte sowohl mit den palästinensischen als auch mit den israelischen Arbeitnehmerorganisationen, die Gleichheit, Menschenrechte und internationales Recht unterstützen, unter Verweis auf die Notwendigkeit von Kollektivmaßnahmen und in Erkenntnis ihres gemeinsamen Interesses an Einigkeit und Freiheit.
- Die PSI verurteilt alle Formen der Ungerechtigkeit und der Missachtung internationalen Rechts, ist aber der Meinung, dass die Besetzung der Westbank, die Blockade des Gazastreifens und die Existenz rechtswidriger israelischer Siedlungen zur Fortsetzung der Instabilität und der Gewalt in der Region führen.
- Der Kongress ist der Überzeugung, dass ein Ende der Isolierung des Gazastreifens ein wichtiger Schritt in Richtung einer Konfliktlösung wäre, und fordert die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens sowie eine Beendigung der Besetzung der Westbank durch Israel sowie die Aufgaben aller Siedlungen.

**WEIST WEITERHIN DARAUF HIN,** dass die Annektierung großer Landstriche durch Israel unter Missachtung internationalen Rechts, die Errichtung von Grenzwällen und Kontrollpunkten und die damit verbundene Zerstörung palästinensischen Siedlungsraums eine gezielte Strategie zur Schwächung der Existenzfähigkeit des Westbank und deshalb der Möglichkeit eines unabhängigen palästinensischen Staates ist.

#### **Deshalb UNTERSTÜTZT der Kongress**

die Forderung des palästinensischen Gewerkschaftsdachverbandes PGFTU an die internationale Gewerkschaftsbewegung, sich für die Initiative der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzusetzen, die eine sofortige Anerkennung des palästinensischen Staates durch die Vereinten Nationen verlangen; und

#### **WEIST DIE PSI AN,**

- Die Forderung des PGFTU nach einer Anerkennung des palästinensischen Staates durch die Vereinten Nationen zu unterstützen;
- Mit anderen internationalen Branchengewerkschaften bei der Entwicklung einer Kampagne gegen Unternehmen zusammenzuarbeiten, die von der Besetzung profitieren, um sie davon zu überzeugen, auf jede weitere wirtschaftlicher Tätigkeit in den illegalen Siedlungen und Industriezonen in der besetzten Westbank und in Ostjerusalem zu verzichten;
- Auf die Ausbeutung der palästinensischen Arbeitskräfte in den Siedlungen und den Industriezonen hinzuweisen und diese Zustände zu beenden;
- an die Gewerkschaftsbewegung weltweit zu appellieren, so dass alles Menschenmögliche unternommen wird, um die israelische Regierung zu beeinflussen und unter Druck zu setzen, damit die UN-Resolutionen eingehalten und der illegalen Besetzung und Besiedlung von palästinensischem Land sowie der Ausbeutung der palästinensischen Ressourcen ein Ende gesetzt wird.
- Mittel zur Unterstützung des Aufbaus von demokratischen Gewerkschaftsorganisationen in Palästina und der Subregion als Ganzes bereitzustellen und Kontakte zwischen GewerkschafterInnen in Palästina und in anderen Ländern zu fördern, um Gelegenheiten für Aus-/Weiterbildung und die Ausweitung wirksamer Solidaritätsmaßnahmen zu bieten; und

## **FORDERT DIE MITGLIEDER AUF,**

- Die Forderung des PGFTU nach einer Anerkennung des palästinensischen Staates durch die Vereinten Nationen zu unterstützen und sich bei den einzelstaatlichen Regierungen dafür einzusetzen, diesem Beispiel zu folgen;
- Bei ihren Regierungen und der internationalen Gemeinschaft zu intervenieren, um einen dauerhaften Frieden durch eine auf gegenseitigem Respekt und Selbstbestimmung basierende Verhandlungslösung zu erreichen, die Gerechtigkeit für Palästina und Sicherheit für Israel garantiert.
- Weiterhin den Druck auf Israel zu erhöhen, die Besetzung der palästinensischen Territorien zu beenden, den Grenzwall abzureißen und die Siedlungen aufzugeben, indem eine Kampagne gegen dort wirtschaftlich tätige Unternehmen geführt wird, die von der Besetzung, den illegalen Siedlungen und dem Grenzwall profitieren, indem die Anwendung des Völkerrechts durchgesetzt wird, das bezüglich des Exports von Produkten aus den besetzten Gebieten keine Ausnahme zulässt.
- An die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu appellieren, die europäischen Rechtsvorschriften betreffend die Rückverfolgbarkeit von Produkten anzuwenden;
- Im Rahmen der sozialen Verantwortung von Unternehmen mit den ArbeitnehmerInnen der betroffenen Unternehmen zusammenzuarbeiten, sodass sie alle Geschäftstätigkeiten in den illegalen Siedlungen oder im Zusammenhang mit den illegalen Siedlungen einstellen;
- Druck auf in Israel niedergelassene Unternehmen und die israelische Regierung auszuüben, damit der Grundsatz der menschenwürdigen Arbeit für alle eingehalten wird, im Einklang mit den acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und gemäß den Schlussfolgerungen der Schlussresolution der Rio+20 Konferenz.

## **Angenommene Initiativentschließungen**

### **Initiativentschließung zu grundlegenden Arbeitsrechten der Beschäftigten der öffentlichen Dienste in Japan**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012, stellt fest:**

Die japanische Regierung hat dem nationalen Parlament widerwillig ein Gesetz zum Vereinigungsrecht der Feuerwehrleute und zu den grundlegenden Arbeitsrechten der Beschäftigten der öffentlichen Dienste in Japan, das wir seit über 60 Jahren fordern, vorgelegt. Nach Einwänden der konservativen Seite wurde dieses Gesetz jedoch am 16. November 2012 abgelehnt.

Die PSI fordert das japanische Parlament dringend auf, die Empfehlungen der IAO nach Treu und Glauben entgegenzunehmen, damit das japanische Parlament das Gesetz so rasch wie möglich verabschieden kann.

## Initiativentschließung zu Mali

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

- STELLT FEST** In den Norden Malis, ein geeintes und unteilbares Land, sind nach Ungerechtigkeit dürstende und von Eroberungswillen besessene Gruppen eingefallen, wie sie im 21. Jahrhundert, in dem sich im Prozess einer nachhaltigen Entwicklung einzig und allein Demokratie und Achtung der Menschenrechte bewährt haben, nicht zu rechtfertigen sind;
- IST ENTSETZT** über die Übergriffe auf die unbewaffnete Bevölkerung in den Städten im Norden von Mali, die die Menschen davon abhalten sollen, sich gegen die Aggression, deren schuldlose und resignierte Opfer sie sind, aufzulehnen;
- hat mit Bitterkeit festgestellt, dass die Gewaltanwendung sich vor allem auf die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, auf Frauen und Kinder, konzentriert, wie etwa auf die Frau, die gesteinigt wurde, weil sie unverheiratet mit einem Partner zusammenlebte;
- IST EMPÖRT** über die einseitige Unabhängigkeitserklärung des auf diese Weise ohne Zustimmung der einheimischen Bevölkerung und unter ohnmächtigem Zusehen der nationalen Verteidigungskräfte geteilten Gebietes;
- STELLT FEST** dass die Übergriffe und die gesamte Situation im Norden von Mali eine schamlose Verletzung der Menschenrechte sind und gegen alle Grundrechte und –regeln der Internationalen Arbeitsorganisation und der universellen Erklärung der Menschenrechte verstoßen; dies dürfen wir als Verfechter von Gerechtigkeit und Solidarität nicht dulden;
- UNTERSTÜTZT** die internationale Gemeinschaft und die Afrikanische Union bei allen ihren Entscheidungen, die darauf abzielen, Frieden und Einheit in Mali wieder herzustellen;
- APPELLIERT** an alle Mitglieder der PSI in Mali, sich allen Aktionen der Regierung und der internationalen Gemeinschaft zur Befreiung des Nordens des Landes anzuschließen;
- ERLÄSST** einen dringenden Ruf an alle Gruppen in diesem Teil des Landes, die Waffen niederzulegen, und auf der Grundlage von Demokratie und Achtung der Menschenrechte an den Verhandlungstisch zurück zu kommen;
- BESCHLIESST:**
- 1) dass die PSI zur Wiederherstellung des Friedens im Norden Malis allen Mitgliedsorganisationen, die um Vermittlung ansuchen, zur Verfügung steht;
  - 2) dass die PSI alle Mitgliedsorganisationen Malis unterstützt, die sich für Demokratie als die höchste Priorität für die Entwicklung der Völker und die Entfaltung der ArbeitnehmerInnen in diesem Land einsetzen.

## Initiativentschließung zur Demokratischen Republik Kongo

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012, stellt fest:

Seit nahezu 6 Monaten müssen das kongolesische Volk und die gesamte Welt machtlos zusehen, wie sich unter dem Deckmantel einer inneren Rebellion erneut eine flagrante Verletzung der Menschenrechte durch Nachbarstaaten ausbreitet.

**STELLT FEST** die Rebellion ist nichts anderes als ein versteckter Versuch dieser Staaten, sich vor den Augen der gesamten nationalen und internationalen Gemeinschaft der reichen Bodenschätze der Provinzen, in die sie bereits einmarschiert sind oder eben einmarschieren, zu bemächtigen;

**VERWEIST DARAUF,** dass diejenigen, die hinter dieser Rebellion stehen, sich des legitimen Wunsches eines Teils der Bevölkerung nach Teilhabe an der Macht bedienen, um sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen und ihren geheimen Machthunger zu stillen;

**STELLT FEST,** dass diese Situation die Lage der ArbeitnehmerInnen in diesem Land schwierig macht, zu einer Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen beiträgt und weiteren Menschenrechtverletzungen Tür und Tor öffnet, vor allem jenen, die in Kriegen an Frauen begangen werden;

**UNTERSTREICHT** Streitfälle innerhalb eines Volkes können auf dem Wege des Dialogs beigelegt werden; die Regierung hat bereits echte Vorstöße im Blick auf Verhandlungen unternommen;

**STELLT** die Nichteinhaltung der bereits von den Rebellen und der Regierung unterzeichneten Abkommen verstärkt die Verbitterung der Rebellen fest;

**FORDERT** die kongolesische Regierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Dialog mit den Rebellen, allen politischen Lagern und der Zivilgesellschaft wieder aufzunehmen, um zu vermeiden, dass das ganze Land in Chaos versinkt;

**APPELLIERT** **dringend** an alle Rebellen, den Dialog zu akzeptieren, ohne den sie ihre legitimen Ziele nicht erreichen können; denn selbst wenn sie den Krieg gewinnen, werden sie mit der der geschlagenen Partei verhandeln müssen, um ihrer neuen Regierung Legitimität zu geben;

Die PSI, eine Organisation, die die Menschenrechte verteidigt

**EMPFIEHLT** allen ihren Mitgliedsverbänden, ihre Solidarität mit der Gewerkschaft SOLSICO und ihren Mitgliedern in Nord-Kivu zu stärken, um ihnen zu helfen, ihren schwierigen Lebensbedingungen bis zur völligen Lösung des Problems standhalten können;

**BITTET** die Vereinten Nationen, die in diesen Angriff verwickelten Länder aufzufordern, ihre verabscheuungswürdigen Absichten dem kongolesischen Volk gegenüber aufzugeben, weil sich ihnen sonst die angeschlossenen ArbeitnehmerInnen in ihren Ländern in den Weg stellen würden;

**EMPFIEHLT** allen Mitgliedsverbänden und Gewerkschaften des öffentlichen Sektors im Kongo, sich zu mobilisieren, um diesem Krieg ein Ende zu setzen.



## Initiativentschließung zu Tunesien

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012, stellt fest:**

Im Anschluss an die verschiedenen und schmerzvollen Ereignisse in einigen tunesischen Städten, im besonderen seit dem von der Region Siliana ausgegangene Generalstreik, und im Anschluss an die bewaffnete Repression durch die Polizei, bei der über 250 Menschen verletzt wurden, von denen sich einige in einem kritischen Zustand befinden;

und im Zusammenhang mit der Unterstützung an die Militanten in der Gegend und der Entrüstung über diese Politik, nehmen die TeilnehmerInnen am 29. Weltkongress der PSI in Durban folgendermaßen Stellung: sie

**ÄUSSERN** ihre Unterstützung für den Kampf der «Union Générale des Travailleurs Tunisiens » (UGTT) für soziale Gerechtigkeit, für eine Verbesserung der unausgewogenen regionalen Entwicklungsplanung, für Beschäftigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

**BEKLAGEN ZUTIEFST** den Durchgriff der Polizei gegen die Protestierenden, die soziale und politische Reformen verlangten. Ein derartiges Verhalten erinnert an den Diktator, der vom tunesischen Volk geschasst wurde;

**FORDERN** die tunesische Regierung **AUF**, die Gefangenen freizulassen, die ihr Recht auf Rede- und Versammlungsfreiheit genutzt haben, und mittels einer sozialen und politischen Reform, die auf einem Dialog und einer Ausweitung der zivilen und politischen Beteiligung aller Teile der tunesischen Gesellschaft gründet, den demokratischen Übergang zu betreiben.

In diesem Zusammenhang:

**UNTERSTÜTZT** die PSI die von der UGTT durchgeführte Initiative eines nationalen Dialogs, die eine Verringerung der sozialen und politischen Spannungen und die Schaffung eines für eine Bewältigung der Krise günstigen Klimas zum Ziel hat;

**APPELLIERT** die PSI an die GewerkschafterInnen, sich massiv und effizient an dem für März 2013 in Tunesien geplanten Weltsozialforum zu beteiligen, als Zeichen ihrer Unterstützung für die tunesischen Mitgliedsgewerkschaften in ihrem Kampf um das Gelingen und die Konsolidierung des demokratischen Übergangs und einer Vorbeugung eines Rückfalls, vor allem angesichts der drohenden Hegemonie gewisser Parteien auf der politischen Szene.

## Initiativentschließung zu Uganda

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

### STELLT FEST:

- Die PSI bestätigt das Recht aller Menschen auf Chancengleichheit am Arbeitsplatz, in den Gewerkschaften und im politischen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontext insgesamt, unabhängig von Geschlecht, Familienstand, ethnischer Herkunft, nationaler Identität, Behinderung, sexueller Orientierung.
- Die PSI ist dazu verpflichtet, für die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transsexuellen (LGBT) ArbeitnehmerInnen in der ganzen Welt einzutreten.
- Die PSI ist zutiefst beunruhigt durch den Charakter, den Inhalt und die potentiellen Auswirkungen des Gesetzes gegen Homosexualität ("The Bill"), das vor kurzem dem Parlament von Uganda vorgelegt wurde und zurzeit dort beraten wird.
- Die PSI ist der Ansicht, dass das Gesetz, sollte es verabschiedet werden, tiefe Einschnitte im Gefüge der Gesellschaft in Uganda nach sich ziehen wird, da es:
  - ein Angriff auf die Rechte einer bereits verletzlichen und höchst stigmatisierten Bevölkerungsgruppe ist, da er ihre Würde, ihr Privatleben und andere verfassungsmäßigen Rechte verletzt;
  - Familien- und Gemeinschaftsleben zerstört, insofern als alle BürgerInnen unter Androhung von strafrechtlichen Sanktionen aufgefordert werden, jene zu denunzieren, die gleichgeschlechtlicher sexueller Tätigkeiten verdächtigt werden;
  - einen Versuch darstellt, durch die Leugnung der internationalen Verpflichtungen des Landes Uganda aus der Familie der Völker abzukapseln;
  - Tätigkeiten der öffentlichen Gesundheit wie die Vorbeugung von HIV, die Behandlung, Fürsorge und Unterstützung von HIV-Erkrankten untergräbt;
  - Vorurteilen und Hassgefühlen Vorschub leistet und ein schädliches und gewaltsames Vorgehen gegen Personen fördert, die gleichgeschlechtliche Beziehungen unterhalten.

### STELLT WEITERS FEST,

dass die Zivilgesellschaft und in diesem Bereich tätige Akteure - in eindeutiger Verletzung der Verfassung von Uganda - nicht an der Erarbeitung dieses Gesetzes beteiligt wurden.

**APPELLIERT deshalb an die Regierung von Uganda, den dem Parlament vorliegenden Gesetzesentwurf unverzüglich zurückzuziehen.**

### WEIST DIE PSI an:

- An die weltweite Gewerkschaftsbewegung zu appellieren, die Diskriminierung von LGBT- ArbeitnehmerInnen zu verurteilen;
- An die Gewerkschaften der ganzen Welt zu appellieren, bei ihren Regierungen mit der Bitte vorstellig zu werden, Druck auf die Regierung von Uganda auszuüben, damit dieses Gesetz zurückgezogen wird;
- Die PSI-Mitgliedsgewerkschaften in Uganda zu unterstützen, damit diese sich für gleiche Rechte für LGBT-ArbeitnehmerInnen und einen positiven sozialen Dialog einsetzen können.

## **Initiativentschließung über PSI-Mitgliedsbeiträge 2013 bis 2017**

### **Für eine schlagkräftige und zukunftsfähige PSI**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**NIMMT ZUR KENNTNIS**, dass

Der Kongress ein ehrgeiziges Aktionsprogramm zur Ausrichtung der Tätigkeit der PSI in den kommenden fünf Jahren angenommen hat. Die PSI ist entschlossen, einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit zu leisten, indem sie sich für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste und für die Gewerkschaftsrechte einsetzt. Dieser Kampf hat viele Facetten und erfordert ein starkes Engagement in Bezug auf die unterschiedlichen Zielsetzungen. In Anbetracht der derzeitigen globalen Lage in Politik und Wirtschaft ist eine starke internationale Zusammenarbeit vonnöten.

Daher **ERWARTET** der Kongress, dass das Programm in den kommenden Jahren effizient durchgeführt wird.

Der Kongress **ERKENNT AN**, dass mehr Mittel erforderlich sind, um dieses ehrgeizige Programm umzusetzen. Durch bessere Arbeitsmethoden und den Einsatz moderner Technik wurden im Sekretariat bereits Rationalisierungsmaßnahmen verwirklicht und Produktivitätssteigerungen erzielt. Jedoch ist diesbezüglich die Grenze des Machbaren erreicht. Der geltende Mitgliedschaftsbeitrag in Höhe von 0,895 EUR pro Mitglied ist der niedrigste von allen internationalen Branchengewerkschaften; er wurde seit dem Jahr 2008 nicht mehr erhöht.

**Daher BEAUFTRAGT** der 29. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste auf seiner Tagung in Durban, Südafrika, am 30. November 2012 den neuen Vorstand,

- die Höhe des Mitgliedsbeitrags für 2013 auf seiner ersten Tagung festzulegen;
- auf seiner ersten Tagung 2013 einen dementsprechenden Haushalt zu verabschieden;
- die Raten für 2014, 2015, 2016 und 2017 jeweils auf den entsprechenden Jahrestagungen festzulegen.

# **Entschlüsse, die aufgrund eines Kongressbeschlusses und auf Empfehlung des Vorstands an die Vorstandstagung 2013 verwiesen wurden**

## **ENTSCHLISSUNG Nr. 28) Stärkung der PSI und der internationalen Solidarität**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika,  
27.-30. November 2012,**

### **STELLT FOLGENDES FEST:**

- a) Die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass die PSI in der Lage ist, wirksam auf die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst, die von ihnen erbrachten Dienste und die Angriffe auf gesetzliche und Vereinigungsrechte von Bediensteten im öffentlichen Dienst insgesamt zu reagieren;
- b) Die Notwendigkeit zur Entwicklung allgemeiner und praktischer Alternativen zu den Maßnahmen, die aktuell in prekären Volkswirtschaften weltweit umgesetzt werden, in deren Mittelpunkt harte Sparmaßnahmen stehen und die zur weiteren Verarmung der Armen beitragen;
- c) Die Notwendigkeit, erneut zu bekräftigen, wie wichtig Solidarität auf nationaler wie internationaler Ebene ist, und dabei die Bedingungen der Solidarität, die wir einander entgegenbringen, zu revidieren und über die Art und Weise zu diskutieren, wie sich Solidaritätsmaßnahmen wirksamer machen lassen und die Unterstützung der Bevölkerung innerhalb von und über Landesgrenzen sichern lässt;
- d) Die Notwendigkeit, bewusst die Unterstützung aller ArbeitnehmerInnen, inner- und außerhalb des öffentlichen Dienstes, für PSI-Kampagnen zu erlangen, um öffentliche Dienste zu retten, die sich Angriffen ausgesetzt sehen;
- e) Die Notwendigkeit, Kampagnenansätze mit möglichst wirksamen Maßnahmen unter Berücksichtigung der Umstände im Norden und im Süden unserer Welt zu entwickeln, die eindeutige und bedeutsame Forderungen vertreten, mit denen sich unsere Mitglieder zu Massenaktionen mobilisieren lassen;
- f) Die Notwendigkeit, einen Beitrag zur Kampagnenfähigkeit der PSI-Mitgliedsgewerkschaften zu leisten, einschließlich des Schulterschlusses mit armen Gemeinschaften und der wirksamen Reaktion auf Regierungsvorschläge auf der Basis von Sparmaßnahmen und Privatisierungsmethoden;
- g) Die Notwendigkeit, Netzwerkarbeit innerhalb und über nationale Grenzen hinaus zu unterstützen, um Solidaritätsaktionen und Unterstützungsprojekte zu stärken;
- h) Die Notwendigkeit, das Fehlen von interner Demokratie bei PSI-Mitgliedsgewerkschaften anzugehen, das die Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung einschränkt;
- i) Die Arbeit, die auf regionaler Ebene durch Think-Tanks und andere Initiativen geleistet wird, um die Herausforderungen und Reaktionsmöglichkeiten auszuloten und kreative und nachhaltige Strategien für den weiteren Ausbau der PSI und ihrer Mitgliedsgewerkschaften zu finden; und

### **ENTSCHLIESST FOLGLICH:**

1. Unverzüglich eine internationale Überprüfung der PSI-Solidaritätsarbeit einzuleiten, um Material für Diskussionen darüber zu entwickeln, wie wir von Beispielen bester Praxis nutzen können, um die nationale und internationale Solidaritätsarbeit zu verbessern;
2. Sich selbst zur Steuerung der Verteilung von zugänglichen und inspirierenden Informationen zu verpflichten, um zu Solidaritätsmaßnahmen zu ermutigen, und mit Ansätzen zu brechen, die zur reinen Formsache und Routine geworden und häufig unwirksam sind. Dabei sicherzustellen, dass Solidarität auf der Einigkeit der Arbeiterklasse aufbaut und sich nicht auf gewisse Sektoren beschränkt oder von einer bestimmten ideologischen Gesinnung abhängt;
3. Angemessene Instrumentarien für jede Mitgliedsgewerkschaft zu entwickeln, um ein „demokratisches Audit“ von sich selbst sowie der PSI-Strukturen auf nationaler Ebene vorzunehmen, die bei der Ermittlung der effektivsten Mittel zur Intensivierung des Mitgliederengagements und der Einigkeit, für den

Einsatz für Geschlechtergleichstellung, bei Sicherstellung der Rechenschaftspflicht und Transparenz helfen und ermöglichen, mit Recht zu beanspruchen, dass wir tun, was wir predigen;

4. Die Fähigkeit der PSI zur Entwicklung einer Vision und praktischer Vorschläge für hochwertige öffentliche Dienste angesichts von Sparpolitiken und neoliberal inspirierten Reaktionen auf die kapitalistische Krise auszubauen. Diese sollten Alternativen darstellen, die zumindest auf fortschrittlichen Politiken der Umverteilung, staatlichen Intervention, Transparenz und Korruptionsbekämpfung basieren und die Macht der ArbeitnehmerInnen steigern;
5. Die Einrichtung von autarken Netzwerken zu fördern, um eine engere Kooperation zwischen Mitgliedsgewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene zu entwickeln und Gelegenheiten für fortlaufende Solidaritätsmaßnahmen auszubauen;
6. Die Möglichkeit einer Ernennung eines/r Solidaritätsbeauftragten durch den nationalen Koordinierungsausschuss auszuloten, um einen Beitrag zur Überwachung und Koordinierung wirksamer Solidaritätsmaßnahmen national und darüber hinaus zu leisten.

**ENTSCHLIESSUNG Nr. 46)**  
**Schaffung und Verleihung des G. Kandasamy-Gewerkschaftspreises  
durch die PSI**

**Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,**

**IN ANERKENNUNG** der außerordentlichen Führungsqualitäten und wertvollen Arbeit des Kollegen G. Kandasamy im Interesse des Wachstums und der Entwicklung der PSI in der Region Asien-Pazifik;

**UND IN DANKBARER WÜRDIGUNG**

seines umfassenden Engagements und Einsatzes für die Leitideen, Werte und Ziele der PSI, seiner richtungsweisenden Initiative des Asien-Pazifik-Fonds, der von ihm forcierten Dezentralisierung der PSI-Arbeit und seiner Leistungen als langgedientes Mitglied des Regionalgremiums bis zur Übernahme des Vorsitzes des damaligen asiatisch-pazifischen regionalen Beratungsausschusses (APRAC, jetzt bekannt unter dem Namen APREC);

**UND IN FESTSTELLUNG**

der Aufgabe, sein Vermächtnis und seinen Einsatz in Singapur als AUPE-Generalsekretär und als Protagonist der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung den PSI-Mitgliedern und PSI-Führungskreisen und besonders den jungen ArbeitnehmerInnen in der Region als Quelle der Inspiration und Motivation nahezubringen;

**WEIST DARAUF HIN**

dass eine Ehrung des Lebenswerks unseres Kollegen G. Kandasamy seit langer Zeit überfällig ist;

**DESHALB**

erfolgt diese Anerkennung und Ehrung durch die Einrichtung des *G. Kandasamy International Trade Union Award* (GK ITUA) durch die PSI als angemessene Würdigung;

**ZU DIESEM ZWECK**

wird ein GK ITUA-Verwaltungsausschuss eingesetzt, der die Entwicklung der Vergabekriterien, des Prozederes und der Auswahlverfahren für die Ermittlung der PreisträgerInnen (verdiente Gewerkschaftsmitglieder in der Region Asien-Pazifik) innerhalb der fünfjährigen Kongressperiode übernimmt, beginnend ab dem PSI-Weltkongress 2017 in der Region Asien-Pazifik;

**UND**

es wird ein prozentualer Anteil des Asien-Pazifik-Fonds verwendet, um Mittel für die mit dem Preis verbundenen Kosten aufzubringen; und der asiatisch-pazifische Regionalvorstand (APREC)

**WIRD AUFGEFORDERT**

diese Entschliessung zu unterstützen und sie dem PSI-Vorstand zur Annahme auf dem PSI-Weltkongress in Durban, Südafrika im November 2012 zu empfehlen

## **Vor dem Kongress zurückgezogene Entschließungsanträge**

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 27)  
Gewerkschaftliche Entwicklungsarbeit  
und globale Solidarität**

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 38)  
Globale Rahmenabkommen**

## **Vom Kongress zurückgezogene Entschließungsanträge**

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 40)  
Palästina und Naher Osten**  
(zurückgezogen zugunsten der zusammengesetzten EntschlieÙung Nr. 49)

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 41)  
Palästina**  
(zurückgezogen zugunsten der zusammengesetzten EntschlieÙung Nr. 49)

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 43)  
Palästina**  
(zurückgezogen zugunsten der zusammengesetzten EntschlieÙung Nr. 49)

## **Vom Kongress abgelehnter EntschlieÙungsantrag**

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG Nr. 48)  
Jährlicher Mitgliedsbeitrag**

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 20 Millionen Frauen und Männer, die in mehr als 150 Ländern der Welt lebenswichtige öffentliche Dienste erbringen. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI kooperiert mit den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen und arbeitet in Partnerschaft mit anderen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.

2. April 2013